

15 Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 5.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 3. Februar 1912.

Redakteur: H. Gentmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Ferngr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Wintersturm.

Nun ist die Erde müd, so müd
Und kalt und tot. Kein frohes Lied —
Rings alles fremd und still und leer,
Als wenn das Glück gestorben wär.

Ein Sehnen blieb nach Glück und Mai
Und Sonnenschein — vorbei, vorbei.
Der rauhe Nord legt über das Land.
Der Sommer schwand . . .

Grete Filling.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften.

II.

Der Handwerker ist selbst Arbeiter und doch gleichzeitig auch Betriebseigentümer, so gehört er gewissermaßen beiden Klassen, der des Kapitals und der Arbeit an. Die Existenz des sogenannten mittleren Mittelstandes tun dies nur in bezug auf ihre soziale Lage, nicht aber in bezug auf ihre Stellung im Produktionsprozess. Dagegen gilt das Angeführte nicht nur allein für den Handwerker, vielmehr auch für den Kaufmannsstand, der zwischen Großhandel und Warenbezug vermittelt, selbst Verkäufer, aber auch selbst Käufer, und zwar bisweilen recht unselbständiger, gedrückter Käufer ist. Wenn nun die Gewerkschaften den Arbeitsvertrag so normieren, daß er durch Ausschaltung unsolider Elemente das Handwerk und den Mittelstand hebt, so ist dies unstreitig eine Tat von großer volkswirtschaftlicher Tragweite.

Über werden dadurch nicht wirtschaftlich-technisch-unberechtigter Existenz künstlich erhalten, unsolide Produzenten, die besser ihre den neuzeitlichen Anforderungen nicht mehr genügenden Betriebe schließen? Darauf dürfen wir mit Ruhe antworten, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Die Tarifgemeinschaften stützen jene Handwerksbranchen, in denen noch wahrhaft handwerklicher Charakter vorherrscht, d. h. bei denen die fachgeschulte Menschenarbeit, die spezialisierte Anpassung an die Kundenschaft im Vordergrund steht. Solche Produktionszweige können, weil sie Qualitätsarbeit liefern, die geforderten Löhne bezahlen, und wer unter ihren Produzenten den Gewerkschaftsforderungen nicht genügen kann, bei dem darf man zwar nicht immer, aber doch durchweg annehmen, daß ihm eben die Geschäftskennntnis abgeht, also eben das fehlt, was jene Branchen berechtigt, handwerkliche zu bleiben. Mit gesunder Rücksichtslosigkeit, ich möchte lieber sagen, mit weitblickender Fortschrittlichkeit helfen die Gewerkschaften jene jammervollen Betriebe beseitigen, die durch Lohndruck und Ausbeutung zu gewinnen suchen, was sie durch die Konkurrenzunfähigkeit ihrer Produktionsstätten einbüßen müssen. Nun ist aber die Beseitigung des lebensunfähigen volkswirtschaftlich ebenso wichtig, wie die Erhaltung des gesunden Mittelstandes, und da zu beiden die Berufsorganisationen das ihrige redlich beitragen, gebührt ihnen dafür allgemeine Anerkennung.

Bisher haben wir noch nicht in Betracht gezogen, daß die Gewerkschaften auch auf mancherlei Art die Arbeiter zu höheren Kulturausgaben befähigen, einerseits durch die absolute Einkommenssteigerung direkt, andererseits indirekt durch lohnhebende Zunahme des Arbeitseifers, der sachlichen Geschäftlichkeit und Aufmerksamkeit, des kulturellen Emportreibens und der Erweckung vordem unbekannter verfeinerter Bedürfnisse. Der

gehobene organisierte Arbeiter braucht mehr und besseres als der Indifferente und er hat auch eher als dieser die Mittel, seinen berechtigten Wünschen zu genügen, er strengt sich zu diesem Ziele mehr an als der Unorganisierte, ja er wirtschaftet mit seiner Frau auch rationaler, weil ihm das schöne Ideal einer zeitentsprechend besseren Lebenshaltung vor-schwebt. Also kurz gesagt, er ist zwar kein Verschwender, wohl aber ein umsichtiger Käufer, die Alkoholproduzenten nehmen vielleicht von ihm weniger ein, als vom betäubungsbedürftigen ideallosen Lußenstehenden, dafür aber gibt er mit seinen Gesinnungsgenossen zahlreichen Gewerbezweigen Aufträge, deren Erzeugnisse bisher nur den höheren Ständen, also einem verhältnismäßig kleinen Kreise zufließen. Je mehr Abnehmer für eine Industrie oder Handwerksbranche, desto mehr Leben im ganzen Gewerbe und rückwirkend in jeder Werkstatt, jeder Fabrik, je mehr kulturell gehobene Bürger im Vaterlande, desto regeres Geschäftsleben, also desto mehr Arbeitsgelegenheit, desto weniger Lohndruck, desto rascherer Aufschwung der Technik und Vervollkommnung der Qualitätsarbeit, desto weniger Störungen in Produktion und Handel mit entbehrlichen Gütern und Luxuszeugnissen, desto weniger ungenutztes Verbleiben von mühsam hergestellten und im Volk heißbegehrten Erzeugnissen menschlicher Arbeit.

Hat der arme Mann Geld für Luxus zur Verschönerung seines Arbeiterlebens, dann hat er fast ausnahmslos auch solches für gemeinnützige Zwecke, für die edle Caritas. Nicht bloß der Steuereintnehmer und damit das öffentliche Gemeinwesen dürfte getrost den lohnhebenden und normierenden Gewerkschaften manch stilles Dankeswort sagen, nein auch mancher wohlthätige Verein, manche humanitäre Anstalt, mancher verarmte Standesgenosse, den die helfende Liebe seines Arbeitsgenossen vor der Znanpruchnahme der Armenunterstützung behütet hat. Wir möchten damit nicht aussprechen, daß der Arbeiterstand selbst seine Armen aus eignen Mitteln unterstützen sollte, ganz im Gegenteil, die christliche Almosenpflicht der Reichen, bleibt in ihrer ganzen Umfassung unverändert bestehen, solange es Arme gibt. Jedoch auf der anderen Seite steht uns der Arbeiterstand auch zu hoch und er ist uns zu gleichberechtigt, als daß wir ihn von der adelnden Tätigkeit des Wohlthuns ausschließen möchten. Ketteler und andere christliche Sozialreformer haben mehrfach schon hervorgehoben, es sei nicht zuletzt auch das ein Ziel der neuzeitlichen Sozialreform, daß der arme Mann künftig genug haben möge, um wohlthun zu können. Aber gleichviel, wie man im Prinzip darüber denken mag, jedenfalls steht fest, daß heute schon der organisierte Arbeiterstand sehr viel zur privatcharitativen Hilfeleistung an die unglücklichen Mitglieder des „fünften Standes“ und die Deklassierten aller Stände beiträgt. Darin liegt rühmenswürdiger Edelmut, das ist aber auch eine Leistung von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn zu den Zielen einer gesunden Volkswirtschaft gehört in der christlichen Welt, daß sie Menschenwesen ernährt, die in ihren Wirkungsbereich fallen. Nicht allein die ideale Nächstenliebe, nein auch die ring umsichtige Wirtschaftspolitik des Gemeinwesens bedingt das. Die Wohltätigkeit wirkt vorbeugend, in dem sie den Einzelnen und dem Gemeinwesen durch rechtzeitige Hilfe viel Schmerzliches und Gefährliches in materieller und ideeller Hinsicht erspart. Dank der Gewerkschaften haben wir weniger Arme und damit weniger Kandidaten der Krankheit, Verrohung und Entfittlichung, denn ihre Bestrebungen haben Vielen zu Arbeit und Streben verholfen und die ihr angehörenden Personen haben in aller Stille schon manche Wunde geheilt, manchen arbeitsfähigen Mann über Wasser gehalten, manchen Verzweifelnden vor gemeinschädlichen Taten bewahrt.

Zuletzt darf ich noch darauf hinweisen, daß die Hebung der Lebenshaltung, vor allem die Garantierung einer gewissen Einkommenssicherheit, die häufig bessere Hauswirtschaft zur Folge haben und auch die Unterstützungskassen sowie privatwohltätigen Bemühungen vieler Gewerkschaften und einzelner Gewerkschaftler viele Leute aus dem Volk körperlich kräftig erhalten, vor Krankheiten geschützt oder von solchen geheilt haben. Der beste Arzt ist eine gesunde, geregelte Lebenshaltung, und besser als alle Ärzte sind jene, die den Krankheiten von Anfang an die Tür weisen. Was die Berufsorganisationen zur Beförderung des Arbeiterdenkens und zur seelischen Erquickung Tausender getan haben, werden wir soweit es von volkswirtschaftlicher Mitwirkung ist, in künftigen Artikeln besprechen, hier beschränken wir uns auf die Erwähnung ihrer Verdienste um das materielle Wohlbefinden und die körperliche Gesundheit. Arbeitskräftige, gesunde Männer und Frauen sind in Friedenszeiten das wertvollste Kapital einer Nation, jugendfrische, kraftbewußte Jünglinge und Männer sind in Tagen des Krieges die beste Bewaffnung eines Volkes und auch in ruhigen Perioden sicherste Bürgschaft, daß eine Nation vom Feind gesichert und geachtet wird, Gesunde Eltern, gesicherte Schwangere, wohlverpflegte gut unterrichtete Wöchnerinnen braucht unser Vaterland. Haben nicht unsere Berufsorganisationen mancherlei getan durch Selbsthilfe und Anspornung der Sozialreform, durch ihre Versicherungskassen und durch ihre Lohrerhöhung, um ihm solche zu schenken?

Die Reichstagswahlen.

Wenn wir in dieser Zeitung zu dem Ausgange der Reichstagswahlen Stellung nehmen, so kann es natürlich nur geschehen in den engen Grenzen, die uns durch den Charakter unseres Verbandes als parteipolitisch-neutrale Berufsorganisation gezogen sind. Wir können die Wahlen prüfen vom reinen Arbeiter- und Gewerkschaftsstandpunkte aus, in ihren Beziehungen zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Und da ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat aus den Wahlen einen Gewinn gezogen, und zwar insofern, als auch im neuen Reichstage mehrere ihrer führenden Mitglieder in den verschiedensten Parteien vertreten sein werden. Die nationalliberale, die christlich-soziale und die Zentrumspartei schicken wiederum Arbeiter nach Berlin, die in ihrer Parlamentsarbeit auch die Interessen unserer Bewegung wahren und schützen können. Dazu sind einige Personen neu gewählt, die unserer Bewegung direkt angehören oder die als tüchtige Sozialpolitiker und entschiedene Förderer unserer Sache sich in weiten Volkskreisen einen Namen erworben haben. Darum ist das Fazit, das wir aus den Reichstagswahlen, speziell vom Standpunkte unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus ziehen, ganz entschieden ein günstiges.

Speziell für unsern Verband ist es im neuen Reichstage von doppelt großer Belang, daß unser Zentralvorstand, Kollege Schiffer, gleich in der Hauptwahl mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde. Der neue Reichstag wird wichtige Fragen für die Textilarbeiter und die Textilindustrie zu lösen haben. Da haben wir ein lebhaftes Interesse daran, einen Mann im Reichstage zu wissen, der unseren Standpunkt und unsere Auffassung von den Dingen vertritt. Umso mehr, als auch drei sozialdemokratische Textilarbeiter gewählt sind, die gewiß nicht verfehlen werden, von der Tribüne des Reichstags aus Agitation für ihren Verband zu entfalten.

In Bayern konnte Kollege Schirmer gleich in der Hauptwahl wiedergewählt werden. Einen zweiten christlichen Arbeitervertreter schickt das bayerische Zentrum in der Person des Arbeitersekretärs Schwarz in den Reichstag. Kollege Johann Becker ging mit über-

wältigender Stimmenmehrheit aus der Hauptwahl als Sieger hervor. Die nach der Erledigung der Reichsversicherungsordnung von den Genossen betriebene maßlose Hege gegen Becker hat seinem glänzenden Siege keinen Abbruch tun können. In Essen hat Kollege Giesberts eine Stichwahl durchmachen müssen. Die Genossen hatten schier Uebermenschliches geleistet, um gerade ihn zu stürzen. Aber alle Kräfteanstrengungen waren vergebens. Giesberts Wiederwahl werden alle Anhänger und Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit besonderer Freude begrüßen. Auch Kollege Behrens kommt wieder, der durch seinen großen Einfluß in weiten und hohen Kreisen so viel für die Arbeiterfrage getan hat und auch fernerhin wird tun können. In Bochum warf Kollege Heckmann, Mitglied des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter, als Vertreter der nationalliberalen Partei, den Genossen Hue. Das ist ein gewaltiger Schlag für die Sozialdemokraten, aber ein ebenso großer Gewinn für uns. Den Kollegen Heckmann traf das tragische Geschick, während des Wahlkampfes bei Ausübung seiner Berufstätigkeit schwer zu verunglücken. Wie die Zeitungen berichten, hat ihm ein Arm abgenommen werden müssen. Umso herzlicher soll dem Kollegen Heckmann unsere Begrüßung als Reichstagsabgeordneter entgegenhallen.

Den Gewinnen stehen zwar einige Verluste gegenüber, wie es bei dem wechselhaften Spiel der politischen Sache immer der Fall ist. Kollege Wiedeberg ist nicht wiedergewählt worden, ihm war die „politische Konjunktur“ nicht günstig. Er ist seinem bürgerlichen Gegenkandidaten unterlegen. Das wird bei der Liebe und Hochschätzung, die Kollege Wiedeberg genießt, um der Person und der Sache willen in unseren Kreisen sehr bedauert werden. Unterlegen ist auch der allenthalben bekannte Parlamentarier Trieborn in Köln, dessen Name mit der Geschichte unserer deutschen Sozialgesetzgebung unlösbar verbunden ist. Was er gewirkt und getan hat für die Sache der Arbeitergesetzgebung, sichert ihm ein bleibendes Verdienst um das Vaterland und den aufrichtigen Dank aller jener Arbeiter, deren Blick nicht getrübt worden ist durch eine maßlose sozialdemokratische Verheerung. Er hat in der Person des Sozialdemokraten Horrichter einen für die Arbeiterfrage recht schlechten Nachfolger erhalten. Das ist ein großes Manko, das wir vom Arbeiterstandpunkt aus der Wahl zu ziehen gezwungen sind. Einen Verlust erleidet die sozialgesetzgeberische Arbeit des Reichstages ferner durch den Ausgang der Wahl in Heilbronn, wo der bekannte Sozialpolitiker und Schriftsteller Kaumann nicht wiedergewählt wurde. Kaumann ist kein Freund unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, vielmehr ein entschiedener Förderer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, aber das hält uns doch nicht ab, unser Bedauern über sein Wahlschicksal auszusprechen. Er hat sich viele Verdienste um die Arbeiterfrage erworben, indem er innerhalb und außerhalb des Reichstages seine ungewöhnlich großen Geisteskräfte gerne in den Dienst der sozialen Arbeit gestellt hat.

Aber diesen Verlusten stehen doch einige schöne Gewinne gegenüber. So zieht der in unseren Kreisen allenthalben bekannte Herr H. Mumm in den Reichstagen, ein Mann, der seine Lebensaufgabe in der Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und speziell ihres stärksten Gliedes, der christlichen Gewerkschaften, erblickt. In Bielefeld ist der Genosse Severing verdrängt worden von dem Staatssekretär a. D. Graf von Posadowsky-Wehner. Das bedeutet einen köstlichen Gewinn für die ganze Politik, namentlich aber für die sozialgesetzgeberische Arbeit des Parlamentes und endlich auch für die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Posadowsky ist ein wahrhaft großer Mann. Was er uns christlich-nationalen Arbeitern war, ist in den Spalten dieser Zeitung wiederholt gewürdigt worden. Wir schauern noch immer zu dem „Graßen im Parte“ mit liebender Anhänglichkeit und tief gewurzelterm Vertrauen auf. Er hat damals als „Minister für Sozialpolitik“ das soziale und nationale Bewußtsein der Gesellschaft zu wecken und zu schärfen, das soziale Pflichtbewußtsein zu vertiefen verstanden. Ihn ließen die lebendigen Strömungen da draußen in der Arbeiterbewegung nicht kalt, er betrachtete sie nicht mit dem Blicke eines weltfremden Bureaukraten oder eines rücksichtslosen Nachhabers. Er suchte sie zu erfassen und zu verstehen, mit warmem Herzen an ihnen teilzunehmen, ihr Leiter zu werden, um sie in ein richtiges Bett zu führen. Die warmen und entschiedenen Worte, die er für die christliche Arbeiterbewegung sprach, waren vor ihm vom Ministerstühle aus niemals gesprochen worden und sind seitdem von da aus niemals wieder erklingen. Daß er sich jetzt der schweren Arbeit eines Reichstagsabgeordneten unterzogen hat, ist ein neuer Beweis für die Größe seiner Opferwilligkeit im Dienste unseres Volkes, ist für uns ein köstlicher Gewinn.

So ergibt der Ausgang der Wahlen erneut den Beweis, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung als eine verhältnismäßig starke und einflussreiche Bewegung dasteht, auf die die verschiedensten bürgerlichen Parteien bei ihren Entscheidungen Rücksicht nehmen. Sie hat durch die Wahlen gewonnen, unsere Kollegen kommen mit einer einzigen Ausnahme alle wieder, sie haben an

Zahl sogar Zuwachs erhalten. Dadurch wächst der Einfluß unserer Bewegung im Parlamente und auf die Gesetzgebung. Umso mehr, als sich unsere im Reichstage vertretenen Kollegen auf weitere Parteien verteilen und so unser Stützpunkt ein breiterer geworden ist.

Auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben versucht, einige ihrer Leute unterzubringen. Es ist ihnen nicht gelungen. Wie im alten wird auch im neuen Reichstage kein Anhänger der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften vertreten sein. Ihr Einfluß reicht nicht hin, einmal, weil sie keine Leute hinter sich haben, und zum andern Male, weil sie sich nur auf eine Partei stützen können, die dazu noch im Volke nicht viel Boden hat und immer mehr an Boden zu verlieren scheint. Ihre einseitige Parteinarbeit für die linksliberale Partei rächt sich hier. Das ist für die Gewerkschaften umso bitterer, als sie mit dem Ausscheiden Kaumanns ihren bisherigen bedeutenden Sprecher im Reichstage überhaupt verlieren.

An Stimmen und Mandaten erheblich verstärkt geht die Sozialdemokratie aus dem Wahlkampfe hervor. Sie zählt rund 4 Millionen Stimmen und gewann 110 Mandate. Keinem Menschen, der die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit beobachtet hat, wird das überraschend gekommen sein. Unter den vier Millionen befindet sich eine sehr große Zahl von Verärgerten, von Mitläufern, von Leuten, die keine Sozialdemokraten sind. Es wird kaum eine andere Partei geben, die verhältnismäßig — wir sagen verhältnismäßig — so wenig von einer sicheren, durchgebildeten Anschauung und festen Parteimeinung ihrer Wählermassen getragen wird, als gerade die sozialdemokratische. Eine Partei wie sie, die ihre ganze Arbeit sieht im Nörgeln, Kritikalstern, Schimpfen und Herunterreißen, die jedes politische Vorkommnis rücksichtslos und intensiv mit ihrem gewaltigen Apparate auszunutzen kann, wird leicht das größte Heer der Wähler haben, ein Heer, das sich zum großen Teile zusammensetzt aus den politisch Ungerechten und Verärgerten. Sie geht immer stark auf und ab mit der politischen Konjunktur. Und die politische Konjunktur war der Sozialdemokratie diesmal außerordentlich günstig, nicht zuletzt infolge der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien. Obzum dauernden Vorteil der Sozialdemokratie, bezweifeln wir, bezweifeln Genossen selbst. Es gibt führende Leute in der deutschen Sozialdemokratie, die es für ein großes Unglück für ihre eigene Partei halten, daß sie mit vielen Mandaten in den Reichstag einzieht. Wir verkennen gewiß nicht die Gefahr, die in dem Anwachsen der Sozialdemokratie für Volk und Vaterland liegt, aber dieses Ergebnis des Kampfes braucht uns keineswegs kopfhängerisch zu machen. Laß die Sozialdemokratie jetzt zeigen, was sie kann. Wird sie die hochgespannten Hoffnungen ihrer Wähler verwirklichen können? Nein und abermals nein. Die Enttäuschung wird darum groß, die Reaktion um so nachdrücklicher sein. Es sollen führende Genossen die Hände verzweifelt über den Kopf zusammengeschlagen haben, als sie von dem „großen Siege“ der Partei lasen.

Aber die Sozialdemokratie hat auch wichtige Nachschläge bekommen und zwar gerade dort, wo die christlich-nationale Arbeiterbewegung dominierend ist. Ist doch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Partei der Phrasen und des Volksbetrugs kräftig zurückgeblieben worden. Hier, im Brennpunkte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, im Herzen der deutschen Industrie, sind der Sozialdemokratie zwei Mandate, auf die sie stets den allergrößten Wert gelegt hat, entzogen worden. Das ist ein empfindlicher, ein harter Schlag für sie, dessen wir uns alle herzlich freuen. Doch über diese Seite der Sache in einem folgenden Artikel.

Versammlungsleitung und parlamentarische Verhandlungsform.

Wir haben uns in der vorigen Nummer mit der Vorbereitung und Ausübung der Versammlungen befaßt. Den dort gegebenen Hinweisen seien noch einige über Versammlungsleitung und über die parlamentarische Verhandlungsform beigelegt. Auch diese sind zur Erzielung einer ruhigen und erfolgreichen Versammlung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Mit der Leitung größerer Agitations- oder Demonstrationsversammlungen betraue man ein Bureau, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und mindestens einem Beisitzer. Dem Schriftführer obliegt die Entgegennahme und Notierung der Wortmeldungen; der Beisitzer hat den Vorsitzenden nötigenfalls zu vertreten. Alle diese Posten werden am besten bereits vor der Versammlung besetzt. Bureauwahl ist selbst in den der Anmeldepflicht unterliegenden öffentlichen Versammlungen nicht mehr erforderlich. In den Fabrikversammlungen wird entweder ein Ausschuß, oder, wo Ausschüsse nicht bestehen, ein Ortsgruppenvorstand, eventl. auch ein junges, hierzu bestimmtes Mitglied die Leitung zu übernehmen haben. Mitgliedereisammlungen werden durch den Ortsgruppenvorstand, und falls dieser verhindert ist, durch ein anderes Vorstandsmitglied geleitet. Für die Mitgliedereisammlungen empfiehlt es sich, daß sämtliche Vorstandsmitglieder und, in kleineren Gruppen, auch die Vertrauensmänner am Vorstandstische Platz nehmen. Das ist für diese eine Ehrung, wie auch ein Anreiz zu reger Versammlungsbegeisterung. Dieser wiederum

wird nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Mitglieder selbst bleiben.

Die eigentliche Geschäftsführung in der Versammlung liegt in den Händen des Vorsitzenden. Dessen ganzes Streben muß dahin gehen, die Versammlung zu einem befriedigenden, erfolgreichen Ende zu führen. Alles, was dem Zweck der Versammlung dienlich ist, hat er zu tun, was ihm schaden könnte, zu unterlassen. Klugheit und Geschick, unerschütterliche Ruhe und kollegiales aber doch entschiedenes Auftreten, sind notwendige Tugenden eines tüchtigen Versammlungsleiters. Daneben muß derselbe natürlich auch ein Charakter sein, der Achtung und Autorität genießt. Welchen klamablen Eindruck macht es z. B., wenn der Versammlungsleiter angeheitert zur Versammlung kommt. Derlei Dinge dürfen einem Kollegen, der einen solchen Posten zu bekleiden hat, nicht passieren.

Die Geschäftsführung selbst spielt sich in ihren einzelnen Teilen wie folgt ab: Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden mit Begrüßung der Erschienenen und Bekanntgabe der Tagesordnung. Abwicklung der Tagesordnung in dieser Reihenfolge: Referat, nachfolgend Diskussion und dann Schlusswort des Referenten; Abstimmung über eventl. sich auf den Vortrag beziehende Resolutionen und Anträge; geschäftliche Mitteilungen. Schlusswort des Versammlungsleiters mit kurzem Dank an den Referenten und die Versammlungsteilnehmer.

Der Versammlungsleiter halte sich strikte an diese Reihenfolge. Dabei beherrzige er nachstehende Winke. Bei der Eröffnung der Versammlung unterlasse man das gebräuchliche Lamento über etwaigen schlechten Versammlungsbesuch. Demen es gilt, die hören es nicht, und die es hören, werden durch solche Klagelieder nur mißgestimmt. Der Versammlungsleiter dehne auch seine Eröffnungsrede nicht zu weit aus. Er greife in seinen Ausführungen vor allem dem Referenten nicht vor. Beides bedeutet diesem gegenüber eine Rücksichtslosigkeit. Der Vorsitzende soll sich überhaupt in all seinen Ausführungen, z. B. wenn er — was sein Recht ist — außer der Reihenfolge das Wort ergreift um zu rügen und zu mahnen, oder um Mißverständnisse aufzuklären, der Kürze und Klarheit befleißigen.

Ist das Referat beendet, so empfiehlt es sich, eine kurze Pause einzutreten zu lassen. Nach dieser erfolgt die Frage nach Wortmeldungen. Biegen solche nicht vor, so dringe man nicht unter allen Umständen auf eine Diskussion, weil diese dann in der Regel unschlüssig und langweilig wird. In solchen Fällen ist es weit zweckmäßiger, in der Tagesordnung weiterzufahren. Es ist doch wahrhaftig auch kein Unglück, wenn eine Versammlung statt erst um 11 oder 12 Uhr bereits um 10 oder 11 Uhr beendet wird. Eine uninteressante schlecht geführte Diskussion verdirbt übrigens nur den Eindruck des Referates. Das beachte man speziell bei wichtigen Kundgebungen, die nach außen hin Eindruck machen sollen. Sind keine geeigneten Diskussionsredner da, so verzichte man bei solchen Versammlungen lieber von vornherein auf jede Diskussion. Zweckmäßig ist auch, die Diskussionsredner vorher zu bestimmen und diesen so Gelegenheit zu geben, sich gründlich vorzubereiten. Will der Vorsitzende der Versammlung sich an der Diskussion beteiligen, so hat er sich genau so wie jeder andere in die Rednerliste eintragen zu lassen. Ergreift er das Wort, so übergibt er die Geschäftsführung für diese Zeit dem Beisitzer oder einem sonstigen Vorstandsmittglied.

Bei zu langer oder zu uninteressanter Debatte verlange ein Versammlungsteilnehmer das Wort zur Geschäftsordnung und beantrage Verkürzung der Redezeit oder Schluß der Debatte. Das Wort zur Geschäftsordnung kann indes erst erteilt werden, wenn der eben sprechende Redner zu Ende ist. Der Vorsitzende läßt sofort einen für und einen gegen den gestellten Antrag sprechen und nimmt dann die Abstimmung vor. Ist die Debatte beendet, so wird zu eventuellen persönlichen Bemerkungen das Wort erteilt. Wie es die Bezeichnung schon besagt, müssen solche Bemerkungen aber auch wirklich persönlich gehalten sein. Geht ein solcher Redner wieder auf die sachlichen Verhandlungen ein, so hat ihm der Versammlungsleiter nach erfolgter Räumung das Wort zu entziehen. Nach Erledigung der persönlichen Bemerkungen erhält der Referent das Schlusswort. Eingehende Resolutionen und Anträge sind sofort, nachdem der eben sprechende Redner zu Ende ist, zu verlesen, damit die nachfolgenden Diskussionsredner diese in ihren Ausführungen zu berücksichtigen vermögen. Die Abstimmung über Resolutionen und Anträge erfolgt nach dem Schlusswort des Referenten. Wenn nötig, kann jedoch der Abstimmung noch eine kurze Spezialdiskussion vorausgehen.

Es bliebe nun noch eine Aufgabe des Versammlungsleiters zu erörtern. Dieser hat auch für eine sachliche Diskussion, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Den Diskussionsredner, der in seinen Ausführungen zu weit vom Thema abschweift, hat er aufzufordern, zur Sache zu sprechen. Wenn eine wiederholte Mahnung nichts fruchtet, ist dem Redner das Wort zu entziehen. Dabei gebe der Versammlungsleiter aber, sofern er sich an der Diskussion beteiligt, mit gutem Beispiel voran. Persönliche, verletzende Ausfälle der Redner, hat er ebenfalls zu rügen. Ebenso ist es seine Aufgabe, für Ruhe zu sorgen. Vereinzelt sachliche Zwischenrufe sind gestattet. Arten derselben aber zu störenden Unterbrechungen aus, so muß der Vorsitzende dagegen einschreiten. Die Ruhestörer sind zur Ordnung zu rufen. Falls dies nichts fruchtet, ist ihnen das Lokal zu verweisen. Kommt es zu tumultarischen Szenen, so empfiehlt es sich, die Versammlung eine Viertelstunde zu vertagen. Derartige Dinge werden in der Regel ja nur dann passieren, wenn Gegner anwesend sind. Wie man sich diesen gegenüber im übrigen zu verhalten hat, haben wir früher schon dargestellt. Auf jeden Fall bewahre der Versammlungsleiter stets Ruhe und Kaltblütigkeit.

Erregtes oder nervöses Gebaren seinerseits überträgt sich auch auf die Versammlung und erhöht die Konfusion. Er gehe auch unparteiisch vor. Finden etwa von ihm getroffene, geschäftsordnungsmäßige Anordnungen bei einem Teil der Mitglieder nennenswerten Widerspruch, so überläßt er die Entscheidung am besten der Versammlung.

Damit haben wir also das wichtigste dessen angeführt, was ein Versammlungsleiter zu berücksichtigen hat. Mögen sich unsere führenden Kollegen in den Ortsgruppen das Gesagte merken und anwenden; auch in Mitglieder-versammlungen und Vorstandssitzungen. In diesen speziell glaubt man nur allzuoft die streng parlamentarische Form entbehren zu können. Darum kommt man in so mancher Versammlung und Sitzung trotz stundenlanger Debatte nicht zum Ziel. Es wird eben viel zu viel durcheinander und daneben geredet. Darum auch spielt sich die Debatte so manches Mal aufs persönliche Gebiet hinüber, erbitternd und zersplitternd wirkend. Dem beugen wir am besten vor durch Beobachtung und Durchführung der vorstehend erwähnten Versammlungsregeln.

Eine Eingabe der Aachener Tuch- und Wollwarenfabrikanten an den Kaiser.

Die Aachener Tuch- und Wollwarenfabrikanten führen immer wieder berechtigte Klage über die Bevorzugung fremder, namentlich englischer Stoffe den deutschen Waren gegenüber. Es gibt ja manche Preise, die sich die fixe Idee in den Kopf gesetzt haben, sie müßten englische Stoffe tragen, die seien besser als die deutschen. Vielfach ist diese Bevorzugung englischer Waren auch nur auf eine ganz „aparte“ Auffassung zurückzuführen, die immer das Fremde bevorzugt und gerne nachhast. Das ist leider zur großen Mode geworden. Natürlich liegt darin auch eine indirekte Schädigung unserer deutschen Textilarbeiter. Kollege Schiffer hat im vorigen Jahre im Reichstage in öffentlicher Rede auf diese Schädigung unseres deutschen Tuchgewerbes und seiner Arbeiter hingewiesen. Damals haben die Aachener Unternehmer den Kollegen Schiffer im Stiche gelassen. Jetzt hat sich der „Verein deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten“ an Seine Majestät den Kaiser mit folgender Immediateingabe gewandt:

„Euer Majestät

bittet der unterzeichnete Verein alleruntertänigst, einer Angelegenheit Gehör schenken zu wollen, die in den letzten Jahren zu einer immer größeren, nationalen Bedeutung sich entwickelt hat.

In der Tuchindustrie des Deutschen Reiches und zwar seitens der Herstellung von Stoffen für Herrenbekleidung, wird in den letzten Jahren mehr und mehr die Beobachtung gemacht, daß Tuchstoffe englischer Herkunft in steigendem Maße von deutschen Käufern vor inländischem Fabrikat bevorzugt werden. Besonders die führenden Stände, Adel, Offizierkorps . . . , Beamten-schaft, überhaupt das zahlungsfähigere Publikum, geben hierzu das Beispiel. Ein überaus rühriger Zwischenhandel und bedeutendere Herrenkleidergeschäfte an den größeren Handelsplätzen verstehen es, die Vorliebe der in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse befindlichen Käufer für englische Ware auszunutzen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil an den englischen Stoffen in der Regel mehr verdient wird. Es ist soweit gekommen, daß deutsche Tuche, die bei objektiver Würdigung trotz der billigeren Preislage in ihrer Beschaffenheit der englischen Ware keineswegs nachstehen, in Schneidergeschäften als englische Erzeugnisse verkauft worden sind, nur um dem Gange des Publikums für englische Stoffe zu genügen. Ja, es geht sogar so weit, daß deutsche Herrenstoffe aus bestem Rohmaterial und von bester Beschaffenheit nur deshalb abgelehnt worden sind, weil sie deutscher Herkunft waren.

In sachverständigen Kreisen ist es bei vielen Gelegenheiten festgestellt worden, daß die früher der englischen Ware nachgerühmten Vorzüge guten deutschen Fabrikaten gegenüber nicht mehr bestehen, und daß selbst eine steigende Nachfrage nach Ware in der jeweilig herrschenden englischen Geschmacks- und Moderedichtung seitens der deutschen Tuchfabrikation schnell befriedigt werden könnte, da zahlreiche inländische Tuchfabrikationsbetriebe in Mittel- und Westdeutschland hinsichtlich ihrer technischen und organisatorischen Einrichtungen, auch bezüglich ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit von keiner ausländischen Fabrikation übertraffen werden. Auch der frühere Hinweis, daß der englischen Industrie gewisse Cheviot- oder Kreuzschurwollen ausschließlich zur Verfügung ständen, trifft heute nicht mehr zu, da die besonders in Schottland gezüchteten Wollen vom englischen Spinner auch dem deutschen Fabrikanten verkauft werden und die deutsche Spinnerei eine hohe Stufe der Vollkommenheit infolge der seit 1879 eingeleiteten deutschen Schutzollpolitik erreicht hat. Ueberdies hat der Handel angesichts des großen Weltbedarfs an solchen Wollen auch andere Länder, vor allem Australien und Neuseeland, zur Lieferung gleichwertigen Rohmaterials schon längst herangezogen.

Schließlich sollen bezüglich der technischen Leistungsfähigkeit der bis in die frühesten Jahrhunderte deutscher Erwerbstätigkeit hineinragenden Wollindustrie in den maßgebenden deutschen Zweigen nicht bestehen oder weiter genährt werden. Unbestritten sind diese Leistungen für den Bedarf der deutschen Militärverwaltung und der Reichs- wie Staatsbehörden immer gewesen. Es hat weder bezüglich der Güte noch der Menge dieser Nachfrage jemals zu Schwierigkeiten geführt. Die Tuchindustrie hat in jeder Beziehung auf der Höhe der an sie ge-

stellten behördlichen Anforderungen gestanden. Auch mit den von Saison zu Saison freilich sehr viel stärker wechselnden Anforderungen der Mode hat sich unsere Tuchindustrie abzufinden vermocht, da sie in den letzten drei Jahrzehnten ihre Aufmerksamkeit dauernd auch auf dieses Gebiet der Betätigung gerichtet und in den anfänglich aus privater Anregung hervorgegangenen, später durch erhebliche staatliche Mittel unterstützten Webeschulen ein hochgebildetes technisches Personal heranzubilden verstanden hat, um derartigen Ansprüchen zu genügen. Diese Schuleinrichtungen haben in ihrer geradezu vorbildlichen Bedeutung die Beachtung der ausländischen Konkurrenzindustrie schon seit Jahren gefunden, und bereits zahlreiche Angehörige dieser Industrien haben ihren Bildungsgang in unseren Schulanstalten gefunden.

So hat unsere führende Tuchindustrie ihre Leistungsfähigkeit auf dem internationalen Markte u. a. auch dadurch bekundet, daß sie, wie dies den zuständigen Stellen bekannt ist, in Anerkennung der dabei zu vertretenden nationalen Ziele den amtlichen Anregungen gern gefolgt ist, und auf verschiedenen größeren Weltausstellungen ihre Fabrikate zur Ausstellung gebracht hat, wofür ihr die Anerkennung nicht gefehlt hat, hohe Preise und Auszeichnungen zu erzielen. Schließlich dürfte aber der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit unserer deutschen Herrenstoffindustrie wohl darin zu finden sein, daß ihre Gesamtausfuhr von Jahr zu Jahr gestiegen ist, besonders auch in solchen Fabrikaten, die mit englischen in scharfem Wettbewerb stehen — ein Zeichen, daß unsere Leistungen auf dem Weltmarkt objektiver beurteilt werden, als es beim deutschen Käufer vielfach der Fall ist.

Wenn der deutsche Fabrikant auf solche Erfolge immerhin mit Genugtuung zurückblicken kann, so bildet doch der schwer bedrohte Absatz im Inlande den wesentlichen Teil der Herstellung, so daß die leider immer mehr zutage tretende Vorliebe für englisches Fabrikat innerhalb des deutschen Publikums unbedingt bekämpft werden muß. Denn es liegt auf der Hand, daß neben dem Unternehmer schließlich auch der deutsche Arbeiter und das Nationalvermögen in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn derartige Aufträge nach dem Auslande gehen. Das gilt besonders von dem gegenwärtigen Jahre, in welchem englische Stoffe durch die Mode begünstigt worden sind.

Der Verein deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten, welcher in 72 Städten 26 Ortsgruppen mit etwa 75 000 Arbeitern umschließt, gestattet sich alleruntertänigst, Euer Majestät die Bitte zu unterbreiten, für die Verwendung deutschen Fabrikats allergnädigst eintreten zu wollen. Der Vorstand gibt sich der Hoffnung hin, daß das lebhafteste Wohlwollen, welches Eure Majestät der Entwicklung der deutschen Industrie und dem deutschen Gewerbe zuzuwenden geruhen, auch im vorliegenden Falle günstige Erfolge zeitigen und daß damit dem alten deutschen Wollgewerbe ein im eigenen Lande bestrittenes Feld der Betätigung wiedergewonnen werden wird.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat darauf am 24. Oktober wie folgt geantwortet:

„Die an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtete Eingabe des Vereins vom 30. September d. J., betreffend die Bevorzugung englischer Wollgewebe seitens deutscher Abnehmer, ist mir zur Prüfung und Bescheidung zugefertigt worden. Ich habe die Ausführungen des Gesuchs einer Prüfung unterzogen und pflichte dem Verein darin bei, daß bei der anerkannten Leistungsfähigkeit unserer Tuchindustrie die Bevorzugung englischer Herrenstoffe der Verwendung entbehrt und es im Interesse der von Ihnen vertretenen Industrie erwünscht ist, daß das in einzelnen heimischen Kreisen bestehende Vorurteil gegen deutsche Fabrikate überwunden wird. Indessen meine ich, daß die Bekämpfung dieses Vorurteils durch geeignete Aufklärung der öffentlichen Meinung Sache der beteiligten Gewerbetreibenden ist und ein Eingreifen des Staates hierbei nicht in Frage kommen kann. Im Hinblick auf die Fortschritte, welche unsere Textilindustrie in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, glaube ich mich der Erwartung hingeben zu dürfen, daß es ihr gelingen wird, die heimischen Abnehmerkreise in immer weiterem Maße von der Güte ihrer Fabrikate und deren Gleichwertigkeit mit ausländischen Erzeugnissen zu überzeugen. Eine Mitteilung dieses Bescheides an die Vereinsmitglieder stelle ich ergebenst anheim. gez. Sydow.“

In einer weiteren Eingabe an den Herrn Minister führte genannter Verein noch das Nachstehende aus:

„Der Vorstand war sich bei diesem ganz außergewöhnlichen Vorgehen, welches für die Immediateingabe maßgebend gewesen ist, von vornherein durchaus im klaren darüber, daß von einem Eingreifen des Staates im vorliegenden Falle, von irgend welchen behördlichen Maßnahmen, ein Erfolg kaum erwartet werden dürfte, zumal sich die Beurteilung der Güte des deutschen Fabrikats im freien geschäftlichen Verkehr abspielt, und schließlich der Verbraucher allein den Ausschlag gibt.

Da sich die ganze Frage mehr auf dem Gebiete gesellschaftlicher Sitten und Bräuche abspielt, so hat der Vorstand mit voller Absicht davon Abstand genommen, einen behördlichen Einfluß zu erbitten, er war vielmehr der Meinung, daß allein das Beispiel in den führenden Schichten der Gesellschaft schließlich vielleicht einen Erfolg erhoffen lassen würde. Daher ist auch bereits in Aussicht genommen worden, eine geeignete Aufklärung der öffentlichen Meinung in die Wege zu leiten, die um so notwendiger sein dürfte, da — wie in der Immediateingabe nicht wohl zum Ausdruck gebracht werden konnte — in der Tat die Reichsstatistik der letzten Jahre eine allmählich und stetig steigende Einfuhr dieser englischen Stoffe mit aller Deutlichkeit nachweist. Beziffert sich diese Einfuhr schätzungsweise auf mehrere Millionen Mark jährlich, so ist damit offenkundig, daß die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere

die Tuchindustrie, unter dem damit verbundenen Rückgang des eigenen Absatzes eine Schädigung des Unternehmers- und Arbeiterinteresses erblicken muß.“

Soweit der „Verein deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten“. Wir halten den Kampf gegen die Bevorzugung englischer Fabrikate auch für unbedingt notwendig, und wir haben ihn geführt, soweit wir dazu in der Lage waren. Wir weisen hin auf die Artikel und Notizen in dieser Zeitung, wir weisen ferner nochmals hin auf die Rede unseres Vorsitzenden Schiffer im Reichstage. Wie sind der Auffassung, daß hier eine Frage vorliegt, in der Unternehmer- und Arbeiterorganisation nicht nur zusammengehen könnten, sondern zusammengehen müßten, wenn die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten unseres deutschen Tuchgewerbes auf der ganzen Linie versucht und auch wirksam gemacht werden soll. Denn die Textilarbeiterorganisation kann an weite Kreise herankommen, namentlich auch mit Hilfe ihrer Schwesterorganisationen in der Konfektionsindustrie und dem Schneidergewerbe, an die der Unternehmerverband nicht heranreicht. Hier liegt die Möglichkeit einer praktischen Ausübung der Gewerbesolidarität vor, auf die die Unternehmer ihre Arbeiter so oft hinweisen.

Allgemeine Rundschau.

Der „Totentanz der Christlichen“. Ueber „die Auslösung der christlichen Gewerkschaften“ haben sich in den letzten Wochen die sozialdemokratischen Blätter wieder die tollsten Dinge zurechtgeschrieben. Die „Rheinische Zeitung“ schrieb sogar von einem „Totentanz der Christlichen“, die Beamten der christlichen Gewerkschaften ringen um ihr Leben, und wie der Unsinns jenseit noch hieß. Wir haben es nicht für notwendig gefunden, auf all die tollen Behauptungen und Schlussfolgerungen etwas zu sagen. Sie lehnen ja in gewissen Zeiten in der sozialdemokratischen Presse immer wieder, ohne dadurch an Wahrheit und an Glaubwürdigkeit bei unseren Lesern zu gewinnen. Nun kommt aber auch der „Textilarbeiter“ in seiner letzten Nummer mit der Sache herangeschleppt, und wie uns Mitglieder schreiben, haben namentlich in Sachsen im Reichstagswahlkampf Beamte des „deutschen“ Verbandes mit der Sache für ihre Bewegung und den sozialdemokratischen Kandidaten agitiert.

Darum sei folgendes gesagt: Die Artikel der sozialdemokratischen Presse nehmen Bezug auf einige Briefe, die von einem römischen Korrespondenten der „Rölnischen Volkszeitung“ bereits im Jahre 1909 geschrieben worden sind. Die Briefe behandeln fast ausschließlich innere Streitigkeiten der Katholiken über den Charakter der Zentrumspartei und die Stellung der römischen Kurie dazu. Diese Sache geht uns nichts an. Was nun die christlichen Gewerkschaften anbelangt, so ist die Behauptung, sie sollten nach den Reichstagswahlen vom Papst in Rom verboten werden, einfach Unsinns. Hier ist bei der Wunsch der Vater des Gedankens, der von den Genossen zu dem offensichtlichen Zwecke ausgeht, die evangelischen Arbeiter und die übrigen evangelischen Kreise kopfscheu zu machen. Unsere roten Freunde zerbrechen sich ja immer gerne die Köpfe der christlichen Gewerkschaften.

Als Tatsache sei nur festgestellt: Die Briefe stammen aus dem Jahre 1909, was der „Textilarbeiter“ seinen Lesern allerdings verschweigt. Nun hat in demselben Jahre 1909 der Papst einer Deputation von deutschen katholischen Arbeitern gegenüber gesagt:

„Auch hat es meine volle Billigung, daß ihr in den christlichen Gewerkschaften ein so erfolgreiches Apostolat ausübet und gemeinschaftlich mit den Protestanten zur Erhaltung des christlichen Gedankens tätig seid.“

Das war im Jahre 1909. Im folgenden Jahre war der Kölner Erzbischof in Rom. In seinem Hirtenbriefe sagte der Bischof, der Papst habe ihm gegenüber geäußert, „daß er (der Papst) in der Gewerkschaftsfrage nach wie vor den bisherigen Standpunkt einnehme, nämlich, daß er den beiden Richtungen gleichmäßig neutral gegenüberstehe“.

Man braucht diese Tatsachen nur hervorzuheben, um darzutun, was von den Prophezeiungen der Sozialdemokratie zu halten ist. Hat denn der Papst die englischen Gewerkschaften verboten, etwa die amerikanischen? Er wird sich da gar nicht hineinmischen, denn dann müßte er doch auch die Unternehmerverbände, die Handwerkervereinigungen und die Bauernvereine verbieten. Was würde das werden? Die Behauptungen und Schlussfolgerungen sind also Unsinn. Uebrigens ist die Existenz unserer Bewegung nicht abhängig von dem Worte dieser oder jener kirchlichen Behörde.

Der „Textilarbeiter“ sieht einen Beweis für die Wahrheit seiner Behauptungen in der Sprache, die in den letzten Monaten der „Berliner“ „Arbeiter“ führt. Das sei ganz und gar die Sprache des Siegers. Wir können dem „Textilarbeiter“ versichern, daß er falsche Schlüsse zieht und sich betören läßt. Die Sprache der „Berliner“ ist dem Galgenhumpen verflucht ähnlich. Bescheidenheit ist nie eine Tugend der „Berliner“ Richtung gewesen. Der „Textilarbeiter“ kann es uns glauben, wenn wir ihm sagen, daß die „Siegesfeier“ der „Berliner“ Bewegung aus dem letzten Jahre pfeift und durch die Heppigkeit ihrer Sprache sich selbst Mut machen und über ihren totalen Bankrott hinwegtrösten möchte.

Vorwärts immer! Unter diesem Kennwort tritt ein neues Organ des Verbandes westdeutscher Konsumvereine seinen ersten Gang zu den Lesern an. Es ist die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“, das Hauptorgan des Verbandes. Nicht zögernd und zögernd soll das Blatt den ersten Schritt in die Welt tun, sondern wie ein hoffnungsfreudiger Bursche, der mit seinem Koffer auf dem Rücken in die Fremde zieht, glaubend, die Welt bezwingen zu können. Mit einem vollgerüsteten Maß von Optimismus soll unser Organ für soziales Wohl und Kulturkampf der breiten Masse des Volkes den Kampfplatz betreten. Pessimismus lähmt die Tatkraft, aber fruchtbringende Tatkraft soll den Weg bezeichnen, den wir wandeln.

Ein Blick auf die Entwicklung dieses Konsumgenossenschaftsverbandes zeigt die Berechtigung dieses lobenden Wertes des neuen Blattes. — Es hat sich eine bedeutende Aufgabe gestellt. Die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“ soll ein „weiteres Mittel zur systematischen, genossenschaftlichen Aufklärung und Bildung sein. Es soll besonders für die leitenden Personen der Bewegung, für die Vorstands-, Aufsichtsrats- und Ausschussmitglieder, sowie für die Angestellten unserer Konsumvereine das Mittel sein, sich mit den Fragen des genossenschaftlichen Seins und Werdens vertraut zu machen“.

Der Inhalt der ersten Nummer verspricht recht viel. Nach dem Begrüßungsartikel folgt eine von einem tüchtigen Sachmann geschriebene „Wirtschaftliche Rundschau“, die auf dem großen Gebiete des Warenmarktes sehr gut orientiert. In einer besonderen Rubrik „Rechtspflege“ wird die Stellung der „Konsumvereinsangestellten in der Invalidenversicherung“ behandelt und in einem weiteren Artikel ein Gerichtsurteil über „Schleuderpreise“ wiedergegeben. Eine besondere Rubrik bringt mehrere kleinere Notizen aus der Genossenschaftsbewegung in den verschiedensten Ländern. In zwei weiteren Artikeln wird man mit einigen Praktiken der Großhändler und Börsenspekulanten bekannt gemacht, wie sie in ganz raffiniertester Weise die Taschen des verbrauchenden Publikums zu plündern verstehen.

Diese kurze Inhaltsübersicht zeigt die Reichhaltigkeit und Weidigkeit der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“. Sie erscheint monatlich zweimal und kostet nur 1 Mark vierteljährlich. Sie kann bei der Post oder beim „Verbande westdeutscher Konsumvereine“, Mülheim a. Rh., bestellt werden.

Das neue Organ ist ein weiterer Beweis für das äußere und innere Wachen der Konsumvereinsbewegung der christlich-nationalen Arbeiter.

Die Intoleranz und Doppelmoral des sozialistischen Buchdruckerverbandes wird grell beleuchtet durch ein Vorwissen in Köln. Dort hatte ein junges Mitglied des Gutenbergbundes aus Not und ohne die Folgen zu bedenken, acht Tage in einer nichttariftreuen Druckerei gearbeitet. Als er sich nachher beim „paritätischen“, von sozialdemokratischen Verbändlern verwalteten Arbeitsnachweis um neue Arbeit meldete, wurde er schroff mit dem Hinweis „tariftreuen“ abgewiesen. Das bedeutet im Buchdruckgewerbe soviel wie dauernde Achtung und Arbeitslosigkeit. Da wandte sich der Sekretär selber des Gutenbergbundes an den „paritätischen“ Gehilfenvertreter Albrecht, worauf sich folgendes Telefongespräch abwickelte:

Felber: Herr Albrecht, kann ich Sie mal sprechen?
 Albrecht: In welcher Angelegenheit?
 F.: Angelegenheit Frank.
 A.: Da gibt es nichts zu sprechen, der Herr ist und bleibt tariftreu.
 F.: Herr Albrecht, Sie müssen doch auch die mildernden Umstände berücksichtigen: 1. Frank hat seine Mutter zu ernähren, der Vater ist gestorben, er hat also aus Not gehandelt. 2. Kannte der junge Kollege die Folgen nicht, die ihm aus seinem Verhalten erwuchsen. 3. Dauerte die Kondition doch nur acht Tage.
 A.: Hilft alles nichts, der Mann muß bestraft sein.
 F.: Ganz recht, auch ich bin dafür; aber der junge Kollege kann doch nicht ewig tariftreu bleiben. Lassen Sie doch mal mit sich reden darüber.
 A.: Es hat keinen Zweck, erziehen Sie ihre Mitgleider besser.
 F.: Ich dachte, der Kollege Frank habe in tariflicher Beziehung keine Schulung mehr notwendig, da er ja vom Verbands zu uns übergetreten ist.
 Diese Ausführungen scheint Herr Albrecht entweder nicht mehr gehört zu haben, oder er konnte nicht gleich eine Erwiderung finden, denn er schwieg und brach das Gespräch ab.
 „Dieses Verhalten eines „unparteiischen“ Gehilfenvertreters spricht Bände“, schreibt der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes, „namentlich wenn man bedenkt, daß kurze Zeit vorher 37 Notationsmaschinenmeister weit größeren Tarifbruch begangen haben, als Kollege Frank, aber nicht als tariftreu erklärt wurden. Der Verbändler entschied in unserem Falle, aber nicht der paritätische Gehilfenvertreter. Ein solcher Mann ist einfach unfähig, einen so wichtigen Posten zu bekleiden. Nicht nur wir, sondern auch seine Freunde, z. B. die sozialdemokratische Essener Arbeiterzeitung, sind der Meinung.“

Ran wandte sich Kollege Frank an das Tarifamt und dieses erklärte ihn für tariftreu. Ein Beweis, wie ungerecht Herr Albrecht gehandelt hat.

Sanet die christlichen Gewerkschaften aus. Das Anschwellen der für die sozialdemokratische Partei abgegebenen Stimmen und das Anwachsen ihrer Mandate ist das besondere Merkmal der diesmaligen Reichstagswahl. Es kommt allerdings nicht überrückend. Weber hat es dem in nationalen Kreisen geübten Pessimismus entsprechen, noch die weitgehenden Hoffnungen der Sozialdemokraten erfüllt. Aber es ist doch die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, die in diesem sozialdemokratischen Wahlerfolge liegt. Das veranlaßt einen „Arbeiter“ in dem Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands einige beherzigenswerte Lehren zu ziehen, die auch auf die christlichen Gewerkschaften Bezug nehmen. Er schreibt u. a.:

Noch mehr wie bei früheren Wahlen wird beim Studium der diesmaligen Wahlergebnisse eins besonders auffallen: Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in ländlichen Wahlkreisen, resp. rein ländlichen Gegenden. Viele Leute werden das nicht nur im höchsten Grade bedenklich, sondern auch unerklärlich finden. Unter letzteren werden besonders viele Kurpolitiker sein, die in der großen Politik

vielleicht anerkannte Meister sind, aber die Begleiterscheinungen und weitverzweigten Triebkräfte der sozialen und politischen Bewegung weniger beachten und unterschätzen. Denn für einen genauen Beobachter der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung ist das Vorbringen der Sozialdemokratie auf dem Lande durchaus kein Rätsel, es ist so folgerichtig und klar wie etwas. Der rote Saemann und Bannerträger heißt: „freie“ Gewerkschaftsbewegung. Die angeblich neutralen, in Wirklichkeit aber durch und durch sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die wirksamsten und erfolgreichsten Pioniere der politischen Sozialdemokratie. Damit erfüllen diese Organisationen nur die ihnen gestellte Hauptaufgabe, das betrachten sie ausgesprochenenmaßen als ihren vornehmsten Zweck. Mit welchem Nachdruck, ja man muß sagen mit welchem Fanatismus sie diesen Zweck zu erreichen suchen, haben sie in diesem Wahlkampf in überreichlichem Maße bewiesen. Und ihre jahrelange, systematische Pionierarbeit für den revolutionären Sozialismus ist von großem Erfolg gewesen, das zu leugnen wäre nicht nur zwecklos, sondern auch sehr unklug. Man könnte eine lange, lange Liste von ländlichen Wahlkreisen — besonders auch in Süddeutschland — aufzählen, deren rote Stimmenzahl einzig und allein auf die Propaganda der sogenannten „freien“ Gewerkschaften zurückzuführen ist. Nehmt die „freien“ Gewerkschaften aus diesen Gegenden fort, dann sind die roten Stimmen bei politischen Wahlen mit ihnen verschwinden.

Nachdem der Artikelschreiber dann die vollständige Verbrüderung der „freien“ Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei an einigen praktischen Fällen bewiesen hat, kommt er zu folgendem Schluß:

„Welche Lehren haben wir aus diesen Tatsachen zu ziehen? Die Antwort ist sehr einfach: Den mit der Sozialdemokratie auf Geheiß und Verberb verführten „freien“ Gewerkschaften, diesen Vorhölern und Pionieren der roten Umsturzpartei müssen wir die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen entgegensetzen. Die Arbeiter von der Gewerkschaftsbewegung fernhalten zu wollen, wäre vergebliche Mühe, es wäre auch eine Verübung an dem arbeitenden Volke, das wirtschaftliche Organisationen zur Wahrung seiner Interessen ebenso oder besser gesagt noch viel notwendiger hat wie die andern Stände und Wirtschaftsgruppen. Organisieren müssen sich die Arbeiter, so oder so. In die „freien“ Gewerkschaften eintreten ist gleichbedeutend mit der Abwendung von Christentum und Kirche, mit dem Verlust für die nationalen, staatserkhaltenden Parteien. In den christlichen Gewerkschaften bleiben diese idealen und politischen Güter erhalten, ihre Anhänger bleiben Teile des Volksganzen, die in ehrlicher Arbeit am Wohlergehen des Volkes und des Vaterlandes mitzuwirken bereit sind.“

Es wäre zu wünschen, daß diese Mahnungen, bei denen, die es angeht, ernste Beachtung fänden.

Von einem „christlichen Streikbruch“ in Schweningen weiß die sozialdemokratische Presse zu erzählen. Wie liegt der Fall in Wirklichkeit? Im September hatte der sozialdemokratische Schuhmacherverband bei drei Schweningener Schuhfabriken Forderungen eingereicht, und als die abgelehnt wurden, den Streik erklärt. Auch die der christlichen Organisation angehörenden Arbeiter ließen sich dazu verleiten, trotzdem sie von den „Genossen“ zu den Beratungen in keiner Weise zugezogen wurden.

Nicht über den Sand hinaus.

Von Frau F.

„Mir streut kein Sandmann mehr Sand in die Augen“, sagt eine Dame vom katholischen Frauenbunde in ihrer Erzählung: „Weißer Sand.“

Sie konnte nie den Ruf des armen Sandmannes hören, ohne von einem tiefen Mitleid erfüllt zu werden. Von morgens in aller Frühe bis hinein in den späten Abend immer derselbe Ruf: „weißer Sand.“ Nur abends war der Ruf in so fern anders als am Morgen, als er rau und heiser klang.

Als nun wieder eines Tages der Ruf „weißer Sand“ von der Straße herauf an ihr Ohr klang, eilte sie ans Fenster, wühlte dem Sandmann zum Zeichen, daß sie Sand zu kaufen wünsche. Die gesprächige Frau des Sandmannes brachte in einem Säckchen den Sand in den Keller.

Als die Frau die paar Pfennige für den Sand erhalten hatte, erzählte sie weiter anderem auch, daß sie und ihr Mann schon einen weiten Weg gemacht hätten. Nachts um 1 Uhr wären sie von Hause fortgegangen.

Wie kümmerlich und fauer müssen doch diese armen Leute ihr Brot verdienen, denkt die Dame voll Mitleid und schaut der Frau eine Kleinigkeit, die diese dankend annahm. Dadurch noch vertraulicher geworden, erzählt die Sandmannsrau der stammenden Dame, daß sie beheim eine Tochter habe, ihre einzige Tochter. Diese habe Langhände, Sonntag sei der Ball und da müsse noch so manches dafür besorgt und angeschafft werden.

Die Dame war enttäuscht, sagt die Erzählerin hier, ihr Mitleid verschwunden. Des Sandmanns Ruf sei längst verklungen, die Dame aber könne den ganzen Tag ihre Gedanken über das Geschick nicht los werden. Sie sehe immer wieder ein gepudertes Sandmannstochterlein im Ballsaal herumwandern.

„Ueber den Sand hinaus“, dachte sie, das ist die Parole unserer Zeit. Läte die Sandmannstochter nicht besser, statt einen Langhändlers einen solchen im Käben, Sticker und Hausknecht zu nehmen? „Dreie ich seitdem den Ruf des Sandmannes, „weißer Sand“, so empfinde ich keine mitleidige Regung mehr und weg der Ruf noch

so rau und heiser klingen. Mir streut kein Sandmann mehr Sand in die Augen“, so schließt die Erzählerin verzärtelt ihre Geschichte.

Hier haben wir wieder einen Beweis von Vorurteilen der bürgerlichen Kreise dem Arbeiterstande gegenüber, verursacht häufig genug durch einige Ausnahmen. Da wird in der Erzählung nicht gefragt nach den näheren Umständen, unter denen die Tochter des armen Sandmannes aufwuchs. Ob die einfachen, ungebildeten Eltern überhaupt einen Begriff von der verkehrten Handlungsweise ihrer Tochter haben. Sie standen wohl den veränderten Zeit- und Erwerbsverhältnissen und damit auch den Gefahren, die sie für ein junges lebenslustiges Mädchenkind in sich bergen, verständnislos gegenüber. Infolgedessen waren die Eltern auch gar nicht in der Lage, ihrem Kinde die Erziehung zur Selbständigkeit und zu einer sittlich eruchten Lebensauffassung zu geben. Das Kind bleibt auf der niederen Kulturstufe der Eltern stehen, jedes Streben nach Höherem bleibt ihm fremd. Paß und leichtfertige Vergnügungen scheinen das einzige Erwerbserwerbe. Eine unbedingte Verantwortung ist daher nicht gerecht.

Sammern kann dies Vorwissen doch zum Nachdenken anregen. Haben wir nicht auch die eine oder andere Bekannte oder Freundin, die wie die Tochter des armen Sandmannes, ihre Eltern nur arbeiten läßt, damit sie Lastbarkeiten bewohnen kann. Anstatt sich beruflich auszubilden, sich Wissen und Kenntnisse für ihren späteren Beruf als Hausfrau und Mutter anzueignen, geht sie allerlei Vergnügungen nach. Anstatt, daß diese Arbeiterin ihr lohn verdienen Geld und das der Eltern für die notwendigen Nahrungsmittel und eine gründliche Gesundheitspflege verwendet, wird es für unnötigen und unnützen Laus ausgelegt. So wird dann Nutzen aus anderen Gesellschaftlichen Veranlassung gegeben, zu der mehr als einmal gemachten Ausrufung: „Die Arbeiterinnen wissen doch keinen rechten Gebrauch vom Geld zu machen.“ Diese Sätze sind ja so leicht und so gern genügt, Ausnahmen zu verallgemeinern. „Der Sandmann streut mir keinen Sand mehr in die Augen“, so sagt die Dame, als sie sich überzeugt hatte, daß ihr wohlgemeintes Geschick einem unwürdigen Zwecke dienen sollte. Da sieht man noch keine Not, ärgert sich ein

Arbeitgeber, wenn er eine seiner Arbeiterinnen zu irgend einer Festlichkeit gehen oder über ihren Stand hinaus gedankhaft aufgeputzt sieht. Unser ganzer Stand verliert dadurch an Ansehen und Achtung. Das Ringen und Kämpfen tausender ehelicher und solider Arbeiterfamilien, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu sichern, sieht man nicht, denn dieses Ringen spielt sich nicht auf der Straße, sondern hinter den vier Wänden innerhalb der Arbeiterwohnung ab.

Nehmen wir daher dankbar die Lehre aus dem Erzählten an. Durch ihr ganzes Auftreten und Handeln, muß die organisierte Arbeiterin zeigen, daß sie nicht über ihren Stand hinaus will in bezug auf unsoliden Paß und zweifelhaftes Vergnügen. Stolz soll sie aber sein auf ihren Stand als Arbeiterin und daher ein Recht beanspruchen auf genügenden Lohn. Almosen will und braucht die organisierte, selbstbewusste Arbeiterin nicht. Sie soll einen Lohn beanspruchen, der es ermöglicht, ihre durch die aufreibende Arbeit verlorene Kraft durch gute und gesunde Nahrung zu ersetzen und zu erhalten. Auch der Arbeiterin muß es möglich sein, daß dasjenige, was an Kunst und Bildung heute geboten wird, ebenso zu genießen wie die Angehörigen der sogenannten bessern Stände. Der Lohn einer Arbeiterin muß auch so berechnet sein, daß sie in jeder Gesellschaft anständig gekleidet erscheinen kann. Wohl kein vernünftiger Mensch wird hiergegen etwas einwenden wollen. Es wäre grundverkehrt gehandelt, wollte die große Masse des Arbeiterstandes zubiel sparen in bezug auf Kleidung. Die Rentabilität vor allem auch der Textilindustrie hängt ja zum großen Teile von der Kaufkraft und Kauflust der Arbeiterin ab.

Nicht über unsern Stand hinaus, aber das Beste was einem Kulturvolke geboten wird und den Anforderungen eines gesunden Standesholzes entspricht, muß die Parole der gesamten organisierten Arbeiterin sein.

In dem wir aber nach den großen, idealen Gütern streben, dafür arbeiten und ringen, streifen wir das Niedrige und Unwürdige immer mehr ab. Das Vorurteil der andern Stände wird langsam schwinden, das Vertrauen und die Achtung zum Arbeiterstande wird gehoben werden.

Erst in der siebten Streitwoche kam es wieder zu Verhandlungen, nachdem man in der Zwischenzeit sozialdemokratischerseits den Standpunkt vertrat, die „Fabrikanten müssen zu uns kommen“, was aber nicht wahr wurde. Das Resultat der Verhandlungen war die Aufrechterhaltung der bereits gemachten kleinen Lohnzulagen. Außerdem sollte aber nur ein kleiner Teil der Streitenden wieder eingestellt werden, da die Aufstellung neuer Maschinen und sonstige technische Änderungen sowie die inzwischen eingestellten Arbeitskräfte mehr als die Hälfte der Streitenden überflüssig mache. Der sozialdemokratische Gauleiter Ley-Stuttgart erklärte in einer Versammlung der Streitenden, daß sie in diesem Punkte gefordert hätten, die Fabrikanten sollten ihnen auf einen Zettel aufschreiben, wieviel Arbeiter jeder Fabrikant noch brauche, diesen Zettel sollten sie auf das Streikbüro schicken und dann wollten sie den Fabrikanten die gewünschte Zahl geeigneter Arbeitskräfte vom Streikbüro zuschicken. Da der christliche Verband weder bei den Verhandlungen noch bei der Streikleitung eine Vertretung hatte und zudem nur ein Teil der Ausständigen hätte eingestellt werden können, wird kein Mensch glauben, daß die rote Streikkommission auch Mitglieder des christlichen Verbandes vermittelt hätte.

Der sozialdemokratische Verband hätte somit die Bewegung schon damals zu den verächtlichsten Bedingungen abgebrochen, wenn es ihm gelungen wäre, hinter dem Rücken der christlichen Arbeiter die noch freien Bläse mit seinen Mitgliedern zu besetzen. Bis letztere von der Sache erfahren hätten, wären die „Genossen“ schon eingestellt gewesen und die christlichen Arbeiter hätten das Nachsehen gehabt. Der bereits schon erwähnte Gauleiter Ley und der Vertreter des sozialdemokratischen Zentralvorstandes erklärten in einer Versammlung übereinstimmend, daß mehr als das vorhin geschilderte Ergebnis der Verhandlungen nicht zu erreichen sei, je länger der Streik fortbauere, desto schlechter würde die Situation für die Arbeitererschaft. Das war auch die Ansicht der christlichen Arbeiter, die sich deshalb mit den Zugeständnissen zufrieden gaben und die Arbeit wieder aufnahmen. Die Sozialdemokraten sind nun wütend darüber, daß ihnen der beabsichtigte hinterlistige Streich, die christlichen Arbeiter aus ihren Arbeitsplätzen zu verdrängen, nicht gelungen ist und schimpfen deshalb über „christliche Streikbrecher“, was bei vernünftigen Menschen absolut keinen Eindruck machen kann.

Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter ruft in der letzten Nummer seines Organs seine 11. Generalversammlung für den 17. bis 22. Juni dieses Jahres nach Stuttgart ein.

Auch unser Verbandstag findet in diesem Jahre statt. Ueber Zeit und Ort hat der Zentralvorstand noch keine Beschlüsse gefaßt. Voraussichtlich wird er wieder wie vor zwei Jahren im September und zwar im Westen Deutschlands stattfinden.

Unser belgischer Bruderverband veröffentlicht seinen gedruckten Geschäftsbericht, der sich auf die letzten sechs Monate des vergangenen Jahres erstreckt. Der Bericht stellt einleitend die Tatsache fest, „daß während der acht Jahre seines Bestehens der Verband noch keine solche Bekämpfung erlebt hat, wie während der letzten sechs Monate des vergangenen Jahres“. Die Ursache hierfür liegt auf politischem Gebiete und es ist interessant, namentlich mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge und politischen Entwicklungsaussichten in Deutschland, diese Ursachen näher kennen zu lernen. Wir lassen hier den Bericht selbst sprechen und halten uns bei der Uebersetzung des Flämischen ins Deutsche nach Möglichkeit wörtlich an das Original. Der Bericht sagt:

„Eine der Ursachen, die dazu (zu der scharfen Bekämpfung) Anlaß gaben, war der Umschwung oder die Veränderung, die in den politischen Verhältnissen zwischen Liberalen und Sozialisten zu konstatieren ist. Das Kartell, das zwischen beiden in vielen Orten geschlossen wurde gelegentlich der Gemeindevahlen am 15. Okt. d. J., brachte auch eine Veränderung in dem wirtschaftlichen Kampfe. Die Sozialisten stellten von dem Zeitpunkte an noch mehr wie in der Vergangenheit den politischen Streit in den Vordergrund ihrer Betätigung. Es ging so weit, daß sie Mitglieder ihrer Berufsverbände verpflichteten, alle Differenzen und Mißstände, die bei liberalen Fabrikanten zu verzeichnen waren, geduldig zu ertragen. Es ist sogar vorgekommen, daß sie bei Streiks, die bei Arbeitgeber derselben Farbe entstanden waren, ihre Mitglieder zwangen, den Kampf bedingungslos abzubrechen. Viele liberale Arbeitgeber, die die Politik über alles stellten, versäumten nicht, mit allen möglichen Mitteln der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung in die Hände zu arbeiten. Bei einigen ging es sogar so weit, daß sie ihren Arbeitern direkt anrietten, sich doch den sozialistischen Verbänden anzuschließen.“

Nicht allein liberale Fabrikanten machten öffentliche Agitation für die Sozialisten, es gab auch katholische Arbeitgeber, die erklärten, daß die Männer der sozialistischen Verbände besser handelten, als die christlichen Vereinigungen. So sehr haben die Sozialisten ihre Kampfweise geändert.“

Dann führt der Bericht einige Fälle an, wo Arbeiter gemahregelt wurden, weil sie dem christlichen Verbände angehörten.

Man sieht, bis zu welchem buchstäblichen Verrate die belgischen Sozialisten fähig waren. Um politische Geschäfte zu machen, opfern sie die materiellen Interessen der Arbeiter mit spielender Gleichgültigkeit.

Trotz dieser lumpigen Handlungsweise der Genossen hat unser Bruderverband in dem letzten Halbjahr eine rege Tätigkeit entfalten und schöne Erfolge verzeichnen

können. Er war in der Berichtszeit an 43 Bewegungen beteiligt, wovon 21 zu Streiks führten. Von den Bewegungen und Streiks endeten 7 erfolglos, alle übrigen mit ganzem oder teilweisem Erfolge. Für 500 Mitglieder wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 1/2 Stunde pro Tag und für 1118 Mitglieder eine Lohnerhöhung von zusammen 69435,00 fr. pro Jahr erzielt.

Die schöne Entwicklung des Verbandes kommt u. a. zum Ausdruck in der Vergrößerung und besseren Ausstattung des Verbandsorgans und in manchen Neuerungen, die der inneren Festigung des Verbandes dienen. An Mitgliederzahl ist der Verband leider zurückgegangen. Sie sank von 10040 Ende Juni auf 9662 Ende Dezember 1911. Dieser kleine Rückgang ist in anbeacht aller Umstände wohl zu verstehen. Die Kasse verbrucht in dem halben Jahre eine Einnahme von 44816,24 fr. und eine Ausgabe von 18843,03 fr., sodaß ein Ueberschuß von 25973,21 fr. verbleibt.

Wir wünschen dem rüstigen Regem der belgischen Verbandsleitung auch im neuen Jahre viel Glück und Erfolg.

Wann kommt der sozialistische Zukunftsstaat?
Der große Wahlsieg der Sozialdemokratie ist zweifellos den Genossen draußen im Lande zu Kopfe gestiegen. Mancher träumt bereits von einer vollständigen Umwälzung der Dinge, von der nahen Verwirklichung des sozialistischen Endzieles. In den führenden Kreisen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die im täglichen Kleinkampf um die wirtschaftliche Hebung der Arbeitermassen gelernt haben, die Dinge nüchterner zu betrachten, hält man es darum bereits für angebracht, etwas Wasser in den Wein dieser glühenden Phantasien zu gießen. Der Proletarier, das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, z. B. schreibt in seiner Nr. 4 vom 27. Januar: Daran, daß nunmehr mit einem Ruck an die Verwirklichung des Endzieles, an die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel herantreten werden könne, sei nicht zu denken. Die Sozialdemokratie sei zu einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse immer noch zu schwach.

„Und wäre sie selbst im Volk und im Parlament stark genug, durch Mehrheitsbeschluß grundlegende Veränderungen in der sozialen Verfassung des Gesellschaftskörpers durchzuführen, so würde, von andern Schwierigkeiten ganz abgesehen, die erste Frage die sein, ob Deutschland inmitten der kapitalistisch regierten Staaten Europas auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt in der Richtung zum Sozialismus tun kann. Die bisherige Auffassung der klaren Köpfe des wissenschaftlichen Sozialismus war die, daß jeder Versuch, ein bestimmtes territoriales Gebiet von der Außenwelt loszutrennen, zum Zweck der Veranstaltung sozialistischer Experimente, ein utopisches Unterfangen sei. Bei den modernen Verkehrs- und weltwissenschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander läßt sich das Deutsche Reich nicht als Einland behandeln, in dem unbekümmert um die wirtschaftlichen Zustände der Umwelt nach einem vorher genau fixierten Plan betriebige Umgestaltungen vorgenommen werden können. Die fortschreitende Entwicklung zum Ziele der Sozialisierung der Gesellschaft muß eine annähernd gleichmäßige in allen Teilen der Welt sein, wenn schwere Rückschläge vermieden werden sollen.“

Also: auch wenn die Sozialdemokratie in Deutschland die Macht hätte, ihr Endziel könnte sie nicht verwirklichen. Neben andern (!!) Schwierigkeiten würde dies die Rücksicht auf die noch nicht so weit gediehenen Wirtschaftsverhältnisse der übrigen Kulturländer nicht gestatten. Erst müssen in allen Kulturstaaten der Welt die Verhältnisse annähernd gleichmäßig gelagert sein. Das ist ja recht interessant. Nun hat aber die Sozialdemokratie gerade in den kapitalistisch am höchsten entwickelten Kulturstaaten, wie z. B. in Amerika und England, am wenigsten Einfluß. Und wie steht es mit den Staaten, die erst in den Ursprüngen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung stehen, z. B. Rußland, China u. a.? Wird die Sozialdemokratie in diesen Staaten überhaupt je einen bestimmenden Einfluß auszuüben vermögen? Allerdings, der Proletarier spricht von einer raturnotwendigen Entwicklung zum Sozialismus. Gerade dieser sozialistische Lehrgang hat aber doch elend Schiffbruch gelitten. Jedenfalls, die Hoffnung auf den sozialistischen Zukunftsstaat wird auch bei den Genossen immer geringer. Dessen Verwirklichung wird in immer weitere nebelhafte Fernen hinausgeschoben. Nur gelegentlich ist er als der Köder der Massen noch gut genug.

Drei sozialdemokratische Textilarbeiter sind aus der Wahl als Reichstagsabgeordnete hervorgegangen.

Zunächst ein Herr Baudert, der in Npolba gewählt wurde. Wenn wir recht unterrichtet sind, ist der Herr Beamter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Er war bereits im „alten“ Reichstage, ist aber nicht hervorgetreten. Ob und was er für die Interessen der Textilarbeiter getan hat, ist uns nicht bekannt geworden. Wenigstens ist nach außen hin von seiner Tätigkeit nichts gedrungen.

Als neuer Mann zieht der an der Zentrale unseres sozialdemokratischen Konkurrenzverbandes angestellte Herr Jäckel in den Reichstag ein.

Als dritter im Bunde erscheint kein geringerer als seiner Wichtigkeit — Herr Kräßig, der Redakteur des „Textilarbeiters“. Vor allem sind unseren Mitgliedern die „mündlichen Qualitäten“ dieses Mannes genügend bekannt geworden. Er schreibt die Artikel im „Textilarbeiter“ mit dem vielen Fettdruck, den langen Titeln, den üppigen Worten und den wenigen Gedanken. Wir werden namentlich den Herrn Kräßig in seiner zukünftigen parlamentarischen Arbeit weniger auf den Mund, desto mehr aber auf die Finger sehen müssen. Wenn Herr Kräßig durch seine Parlamentsstätigkeit in Zukunft weniger Anlaß

hat, für den „Textilarbeiter“ zu schreiben, dann kann das dem Ansehen des Blattes nur förderlich sein.

Im übrigen wollen wir abwarten, wie sich das „rote Trio“ im Reichstage machen wird. Unserer Aufmerksamkeit kann es gewiß sein.

Die internationalen Gewerkschaften im Jahre 1910. Nach dem vom Internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen herausgegebenen Jahresbericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung waren i. J. 1910 in 19 berichtenden Ländern zusammen 10,08 Millionen organisierte Arbeiter vorhanden gegenüber 9,84 Millionen im Vorjahre. Bei der Statistik für das Jahr 1910 ist jedoch zu beachten, daß für Belgien, Rumänien und die nordamerikanische Union die Zahlen des Jahres 1909 eingeleitet wurden, weil jene drei Länder mit ihren Berichten noch im Rückstande sind. Die höchste Zahl organisierter Arbeiter weist mit 2,68 Millionen Deutschland auf; ihm folgen England mit 2,34 Millionen, die Vereinigten Staaten mit 1,71 Millionen, Frankreich mit rund 977 000, Italien mit rund 783 000, Oesterreich mit rund 451 000, Holland mit rund 143 000, Belgien mit rund 138 000, Dänemark mit rund 123 000, Schweden mit rund 121 000, die Schweiz mit rund 93 000, Ungarn mit rund 86 000 usw.

Was die Finanzgebarung der Gewerkschaften anbelangt, so berichten darüber 16 Länder, zu denen Großbritannien, Frankreich und Belgien nicht gehören. Die Jahreseinnahme stellte sich danach im Jahre 1910 auf 85,3 Millionen Mark, die Jahresausgabe auf 75,5 Millionen Mark, der Kassenbestand auf 73,9 Millionen Mark. Von den Ausgaben entfielen 25,8 Millionen Mark auf Unterstützungen aller Art, 23,0 Millionen Mark auf Streiks. Und zwar wurden in Deutschland für Reiseunterstützung 1,01 Millionen Mark, für Arbeitslosenunterstützung 6,07 Millionen Mark, für Krankenunterstützung 9,02 Millionen Mark, für Invalidenunterstützung rund 504 000 Mark, für sonstige Unterbringung rund 1,19 Millionen Mark, als Sterbegeld rund 884 000 Mark, für sonstige Zwecke, Agitation, Prozesse usw. rund 7,27 Millionen Mark, für die Verwaltung 9,09 Millionen Mark verausgabt.

Der Düsseldorfer Krankenkassenkandal hat nunmehr für die sozialdemokratischen Musterknaben einen definitiven Abschluß gefunden. Sie werden von dem Ausgange der Dinge wohl nicht sonderlich erbaut sein.

Bekanntlich wurden in einem Prozeß vor einigen Monaten schamlose Treibereien der sozialdemokratischen Krankenkassenverwaltung festgestellt, was die sofortige Entlassung des Leiters der Kasse, des Genossen Lehser, zur Folge hatte. Aus Rache hatte man jedoch auch den nichtsozialdemokratischen Beamten Red entlassen, weil er gegen die Kasse, bezw. gegen Lehser ausgesagt hatte. So hatten beide, Red sowohl als Lehser, Klage auf Wiedereinstellung angestrengt. Sie kam am 16. und 17. Januar vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zur Verhandlung. Welch schmutzige Wäsche dort gewaschen wurde, geht daraus hervor, daß teilweise wegen sittlicher Bedenken die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden mußte. Die zweiseitigen Prozeßverhandlungen endeten mit einer erdrückenden Niederlage des Kassenleiters Lehser und der ganzen roten Musterleitung.

Zunächst wurde entschieden, daß die Entlassung des Beamten Red zu Unrecht erfolgt sei; er sei wieder einzustellen. Lehser dagegen zog es nach der Zeugenvernehmung vor, seine Klage zurückzuziehen. Damit ist der saubere Mensch von der Kasse endgültig beseitigt. Aus den Prozeßverhandlungen haben wir einige Punkte hervor, die als eine Ergänzung unseres damaligen Berichtes gelten können und mit zur Beleuchtung der Zustände in dieser sozialdemokratischen Musterkasse dienen. So mußte Lehser gestehen: „Die Beamten machen alle etwas nebenbei, der eine verkauft Uhren und Goldwaren, der andere Bücher, einer macht in Versicherungen, ein anderer arbeitet auf dem Gewerkschaftsbureau usw.“

Lehser hat prostituierte nachts in das Kassenlokal geschleppt, mit weiblichen Beamten Liebesverhältnisse unterhalten, andere Beamtinnen mit unsittlichen Anträgen belästigt. Weiter behauptete die Anklage, daß eine Beamtin, nachdem sie ein unsittliches Anerbieten Lehser's abgelehnt hatte, von diesem mit den gemeinsten und unflätigsten Schimpfnamen belegt worden sei. Die Anklage wirft Lehser weiter ein großes und schroffes Auftreten gegenüber den Angestellten der Kasse und dem Kassenvorstande vor. Er habe der frühere Arzt des Genesungsheimes in Hölzel seinen Posten wegen des unqualifizierten Benehmens Lehser's plötzlich niedergelegt. Der jetzige Arzt und die Oberschwester wollten daselbe tun wegen des diktatorischen Benehmens Lehser's. Weiter wurde Lehser widerrechtliche Vergeudung von Kassengeldern vorgeworfen. Er hat einer Angestellten, entgegen seinen Befugnissen, das Gehalt für mehrere Monate ausbezahlt, ohne daß die betreffende ein Unrecht darauf hatte. Nach der Anklage soll dieses widerrechtliche Vorgehen auf eine der bekannten Sibelien zurückzuführen sein.

Dem erdrückenden Beweismaterial kann Lehser nur damit begegnen, daß er als „Entschuldigung“ die Tatsache anführt, andere Beamten der Kasse hätten noch einen ganz anderen Verkehr mit den Damen der Kasse gehabt. Und auch der Sohn des sozialdemokratischen Arbeiterssekretärs Fischer habe während einer Kur widerrechtlich das Gehalt bekommen.

Vielleicht hört man noch mehr von der Sache, denn der gehetzte Genosse Lehser verspricht, bald verschiedenes auszulaudern. Das kann noch gut werden.

Aus unserer Industrie.

Preiserhöhungen des Verbandes Deutscher Jute-Industrieller.

Der Verband Deutscher Jute-Industrieller, G. m. b. H., in Braunschweig, hat am 17. Jan. folgende Preiserhöhungen eintreten lassen:

| | |
|--------------------------|----------------------|
| Hessians H 245 | um 0,3 Pfg. pro qm |
| Hessians H 320 | " 0,5 " " |
| Tarpaulings und Sackings | " 0,7 " " |
| Paggings | " 0,7 " " |
| Alle Garne | " 1,50 M. pro 100 kg |

Folgende weitere Preiserhöhungen sind am 23. Jan. eingetreten:

| | |
|--------------------------|---------------------|
| Hessians 245 | um 0,3 Pfg. pro qm |
| Hessians 320 | " 0,5 " " |
| Tarpaulings und Sackings | " 0,7 " " |
| Paggings | " 0,5 " " |
| C und CS Garne | " 1,— M. pro 100 kg |
| Alle übrigen Garne | " 1,50 M. " " |

Baumwollernte der Vereinigten Staaten von Amerika 1911.

Nach der Schätzung des Ackerbau-Departements der Regierung in Washington beläuft sich die Baumwollernte der Vereinigten Staaten von Amerika im Herbst 1911 auf 7 121 713 000 Pfund (ohne Linters) oder 14 885 000 B. von 500 Pfund. Auf die Baumwollstaaten verteilt sich die Ernte nach dieser Schätzung, im Vergleich zum Vorjahr und zum Durchschnitt der fünf früheren Jahre, wie folgt:

| Staat | Ernte in Ballen von 500 Pfund | | |
|----------------------------------|-------------------------------|-----------|-------------------------------|
| | Schätzung 1911 | 1910 | Durchschnitt 1905/09 (Zensus) |
| Virginien | 23 000 | 14 815 | 12 084 |
| Nord Carolina | 935 000 | 706 142 | 610 268 |
| Süd Carolina | 1 480 000 | 1 163 501 | 1 068 802 |
| Georgia | 2 560 000 | 1 767 202 | 1 765 231 |
| Florida | 73 000 | 58 949 | 58 127 |
| Alabama | 1 600 000 | 1 194 250 | 1 196 571 |
| Mississippi | 1 195 000 | 1 262 680 | 1 387 331 |
| Louisiana | 395 000 | 245 648 | 580 047 |
| Texas | 4 280 000 | 3 049 409 | 3 070 723 |
| Arkansas | 915 000 | 821 233 | 816 280 |
| Tennessee | 420 000 | 331 947 | 290 205 |
| Missouri | 83 000 | 59 633 | 48 076 |
| Oklahoma | 915 000 | 923 063 | 734 604 |
| Kalifornien | 11 000 | 5 986 | — |
| Andere Staaten | — | 4 158 | 2 202 |
| 14 885 000 11 608 616 11 640 551 | | | |

Die Schätzung des Ackerbau-Departements blieb in früheren Jahren regelmäßig hinter dem wirklichen Ertrage der Ernte nicht unwesentlich zurück.

Der Geschäftsgang in der niederrheinischen Baumwollindustrie

wird in der Tagespresse wie folgt geschildert: „In fast allen Branchen liegt jetzt gute Beschäftigung vor, die sich vielfach schon bis weit in das neue Jahr hinein erstreckt. Dagegen sind die Preise noch vielfach auf einem wenig anhebenden Niveau, so daß trotz der guten Beschäftigung der Abschluß des Jahres 1911 in vielen Betrieben wenig günstig ausfallen wird. Immerhin ist unverkennbar eine Neigung zur Gesundung der nun schon so lange Zeit darniederliegenden Verhältnisse in der Baumwollindustrie vorhanden. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß auch aus dem Textilgewerbe eine Besserung gemeldet wird. Es ist eine alte Erfahrung, daß einem Aufschwung in der Eisenindustrie nach einiger Zeit auch ein solcher in der Textilgewerbe folgt. Das liegt einerseits in den Verhältnissen der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur, andererseits daran, daß die großen Arbeitermassen der Eisenindustrie wieder kaufkräftiger werden und dann in erheblicher Linie auch wieder Erzeugnisse des R.-Glabbacher Textilgewerbes kaufen. So greift eben bei anziehender Konjunktur ein ins andere. Bei der besseren Beschäftigung der Textilwerke werden auch wieder mehr Textilmaschinen bestellt, dadurch belebt sich die Maschinenindustrie und so fort. Man ist denn auch im R.-Glabbacher Bezirke fast durchweg der Meinung, daß der Tiefstand der Konjunktur nun doch endlich vorbei ist, und daß wir uns wieder auf einer aufsteigenden Linie befinden.“

Reichliche Arbeit haben jetzt die Baumwoll-Webereier.

Sowohl Faser- wie Kammstoffe sind lebhaft gefragt, allerdings bei gänzlich unzureichenden Preisen. — Ebenso haben die Keilwebereien jetzt wieder besser zu tun; sie haben zum Teil ihre Produktion bereits bis zum Frühjahr anverkauft. — Das Gleiche gilt für die Betriebe, die Sena-Cords und verwandte Artikel herstellen. Auch die Buntwebereien können mit ihrer derzeitigen Beschäftigung zufrieden sein. Besonders gefragt sind zur Zeit baumwollene Schlafdecken und Bettlücken, aber auch Hemdenplanelle, Unterrockstoffe usw. finden guten Absatz. Die Detailhändler zeigten sich im Dezember als gute Käufer in diesen Artikeln. Dazu kamen auch die Vorbereitungen der Großhändler für ihre zwischen Weihnachten und Neujahr stattgefundenen großen Reisen, für die auch diesmal ungeheure Mengen Waren aufgestapelt wurden.

Die Webereien, die baumwollene Hozenzeuge

herstellen, hatten namentlich infolge eines starken Rückgangs seitens der Kleiderfabriken gut zu tun. Dagegen blieb

die Nachfrage für den Export noch verhältnismäßig schwach. Die Kleiderfabriken sind noch mit der Nachlieferung von Winterjachen für einige Zeit beschäftigt. Auch für Frühjahrsware liegen schon nennenswerte Aufträge vor.

Buckskin-, Raumgarn- und Cheviotwebereien

käme eine Belebung der Nachfrage sehr gelegen. Manche Werke dieser Art — namentlich die größeren Betriebe — haben zwar ganz gut zu tun, aber im allgemeinen müßte doch um diese Jahreszeit die Beschäftigung weit besser sein. Die Kundschaft erteilt zumeist immer nur Aufträge für den sofortigen Bedarf, während langfristige Lieferungsverträge, die sonst dem Geschäft eine gewisse Stetigkeit gaben, die Ausnahme bilden.

Wie geht's in den Krefelder Fabriken?

Diese Frage beantwortet eine Zuschrift an die „Leipziger Monatschrift“ unterm 20. Januar also: „Das Seidenstoffgeschäft läßt für Betriebe, welche mit der Konfektion arbeiten, im allgemeinen viel zu wünschen übrig. Die Weberei ist zwar für die nächsten Wochen noch hinreichend mit Aufträgen für glatte und gestreifte Erzeugnisse versehen, aber darüber hinaus liegt sehr wenig Arbeit vor und die Stühle fangen teilweise an zu feiern. Bedruckte und Changeant-Gewebe finden in gewissem Maße Anklang; von den gangbaren Stoffen wird sehr wenig auf neue Rechnung abgeschossen.“

Die unterwegs befindlichen Reisenden der Großlisten berichten bisher über keine großen Erfolge in Seidenstoffen. Die Kundschaft zeigt sich im allgemeinen zurückhaltend, speziell hinsichtlich der besseren Qualitäten. In der Hauptsache werden, wie man das in den letzten Jahren gewohnt ist, billige Artikel aufgenommen. Von glatten Stoffen stehen an der Spitze Messaline und Paillette. Da man häufig auf eine Verwechslung zwischen diesen beiden Gewebebindungen stößt, sei nachstehend der Unterschied angegeben: Messaline ist looser gebunden als Paillette. Es ist daher glanzreicher als Paillette, wenn auch im Tragen vielleicht etwas weniger dauerhaft. Paillette ist nur fünfbindig, also kurz gebunden, hat weniger Glanz und kann mehr strapaziert werden als Messaline.

Hier sei noch eine Bemerkung über die ganz dünnen Seidenstoffe eingeworfen. Diese sind häufig nicht mit wirklicher Einschlagseide oder Trame gewebt, sondern der Schutz besteht aus Kettschleide oder Organzine. Diese ist sehr fest gedreht, wie das für die Kette nötig ist und hat als Schutz nur den Zweck, das Gewebe möglichst dünn zu machen, was man mit wirklicher Einschlagseide nicht in dem Maße erreichen würde.

Wir können heute zu unserer Befriedigung feststellen, daß die Blusen neuerdings wieder etwas an Beliebtheit zunehmen. Samt- und Seidenblusen nehmen in den Sortimenten der Großlisten einen hervorragenden Platz ein, besonders Samtblusen in Uni und gestreift. Die verschiedensten Farben werden in Verbindung mit Schwarz kombiniert, z. B. schwarzer Samt mit Kornblumenblauem, giftgrünem und fraisefarbenem Seidenstoff. Die Rimonobluse aus Seide sowie die Fichu- und Schalbluse werden sich auch in der nächsten Sommeraison behaupten. Hauptsächlich werden sie aus Seidenstoffen von 90 cm Breite gearbeitet.

Taffet spielt in den neuen Kollektionen für Kleider, Kostüme, Mäntel, Hüte eine hervorragende Rolle, und zwar in Uni, gestreift und in changeant, daneben finden Schotten in blaugrün kariert vielen Anklang. Die karierte Bluse mit reicher Franzengarnitur an Verrn und Ärmeln, Vorderteil und Paffe erfreut sich großer Beliebtheit.

Von wesentlicher Bedeutung werden Bordürenblusen sein, die denn auch in den neuen Sortimenten außerordentlich zahlreich vertreten sind. In Breiten von 8—10 cm bis zu einer fast die Hälfte des Stoffes bedeckenden Breite zeigen sie Karo-, Punkt- und Streifenmuster, ferner Jacquardemuster in den verschiedensten Farbenwägen auf hellem und auch auf dunklem Fond.

Was Farben angeht, so gelten für die nächste Saison entschieden wieder mehr wärmere Töne als modern. Man sieht ziemlich viel blau, sogar auffallendes Blau. So bringt man z. B. Dragonerblau in Verbindung mit Goldgelb und Kirchsot. Besonders in der Fadenkonfektion zeigen sich viele farbenfrohe Dispositionen: Ueberall helle, lustige Farben wie Königsblau, Hellblau, Hellbeige. Ferner grüne Töne, sowohl mattere wie hellere, als auch kräftigere wie Fälschengrün. Von rötlichen Nuancen kommt neuerdings ein Ton nahe dem Sandstein in den Vordergrund. Andere Farben wie Alrosa, Himbeer wurden von der vorigen Saison übernommen. Braun wird ebenfalls verlangt, aber nur helle Töne, Labal, Kondor bis zu Henigfarben hin. In Stapelfarben war bisher Marine am meisten verlangt. Sehr modern sind Glacés in schwarzer Kette mit kräftigen Farben als Saub, wie Nationalblau, Escouillet, Orange, Kupfergrün.

Die Unternehmungslust im Textilgewerbe.

Es wird zweifellos noch ziemlich lange dauern, bis sich das Textilgewerbe von den schweren Schäden völlig erholt, die es in den letzten Jahren erlitten hat. Vor allem hat die Baumwollweberei, die im Frühjahr 1909 einsetzte und bis zum Hochsommer 1911 anhält, einige wichtige Zweige der Textilindustrie mehrere Jahre hindurch in der Entwicklung aufgehalten und einer großen Zahl von Betrieben bedeutende Verluste verursacht. Wenn die Lage des Rohstoffmarktes sich im Herbst 1911 auch wesentlich gebessert hat, so ist doch von einer Belebung des Geschäftsganges vorläufig nur wenig zu spüren. Die

Geschäftsergebnisse der Textilfabriken haben sich von Jahr zu Jahr verschlechtert; eine Erscheinung, die in auffallendem Gegensatz steht zu der steigenden Konjunktur auf den meisten andern Gebieten des gewerblichen Lebens. Angesichts der matten Lage der Textilindustrie war naturgemäß auch die Unternehmungslust relativ gering. Im Jahre 1911 flaute sie so fast ab, daß die Summe der Neuinvestitionen kaum höher war als im Krisenjahre 1908. Im abgelaufenen Jahre wurden nämlich bei den Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. insgesamt 35,38 Millionen Mark neu investiert. Das bedeutet gegen das vorangegangene Jahr eine Abnahme um 15,88 Millionen Mark. In den Jahren 1906—1911 stellte sich nämlich die Summe der Neuinvestitionen in Millionen Mark auf:

| | | | | | | |
|------------------|--------|--------|-------|--------|--------|-------|
| 1906 | 1907 | 1908 | 1909 | 1910 | 1911 | |
| Neuinvestitionen | 26,86 | 46,71 | 35,18 | 38,34 | 51,26 | 35,38 |
| Differenz | +20,85 | -11,53 | +3,16 | +12,92 | -15,88 | |

Im Hochkonjunkturjahre 1907 erhöhten sich die Neuinvestitionen um 20,85 Millionen Mark. Das Jahr 1908 brachte eine erhebliche Abschwächung, der jedoch bereits im folgenden Jahre eine leichte Erholung folgte. Im Jahre 1910 erhob sich die Summe der Neuinvestitionen ganz wesentlich über das Niveau des Jahres 1907. Das Jahr 1911 brachte jedoch wieder einen ganz bedeutenden Rückschlag. Die Unternehmungslust ging auf den Stand von 1908 zurück. In den Jahren 1906 bis 1911 sind den Gesellschaften des Textilgewerbes insgesamt 233,23 Millionen Mark Kapital zugeführt worden. Davon wurde der weitaus größere Teil für Neugründungen aufgewendet. Die Gesamtsumme der Neuinvestitionen verteilte sich nämlich in Millionen Mark wie folgt:

| | | | | | | |
|-------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 1906 | 1907 | 1908 | 1909 | 1910 | 1911 | |
| Neugründungen | 19,32 | 36,81 | 24,34 | 22,82 | 38,31 | 21,58 |
| Kapitalerhöhungen | 7,04 | 9,90 | 10,84 | 15,53 | 12,95 | 13,80 |

Der Kapitalbedarf der bestehenden Gesellschaften war am stärksten im Jahre 1909. Seit dem ist er wieder etwas abgeflaut. Den größten Schwankungen unterlagen die Neugründungen. Von 1906 auf 1907 trat eine Steigerung um 17,49 Millionen Mark ein. Die beiden folgenden Jahre brachten eine erhebliche Abnahme. Im Jahre 1910 wurden dem Geldmarkte für Gründung neuer Gesellschaften im Textilgewerbe 33,31 Millionen Mark entnommen, das sind 1,50 Millionen Mark mehr als im Jahre 1907. Im letzten Jahre ergab sich wieder eine ganz auffallende Senkung. In den letzten sechs Jahren sind insgesamt 432 neue Gesellschaften im Textilgewerbe entstanden. Es entfallen auf Aktiengesellschaften 56 und auf Gesellschaften m. b. H. 376 Neugründungen. In den einzelnen Jahren entwickelte sich die Zahl der neugegründeten Gesellschaften sowie die Summe des Gründungskapitals in nachstehender Weise:

| Jahr | Aktiengesellschaften | | Gesellschaften m. b. H. | |
|------|----------------------|------------------|-------------------------|------------------|
| | Zahl d. Ges. | Kap. i. Mill. M. | Zahl d. Ges. | Kap. i. Mill. M. |
| 1906 | 7 | 9,53 | 48 | 9,79 |
| 1907 | 13 | 26,20 | 44 | 10,61 |
| 1908 | 8 | 9,39 | 55 | 14,95 |
| 1909 | 12 | 10,52 | 69 | 12,30 |
| 1910 | 13 | 25,80 | 69 | 12,51 |
| 1911 | 3 | 4,50 | 91 | 17,07 |

Demnach sind während der Jahre 1906—1911 in neuen Aktiengesellschaften 85,94 Millionen Mark angelegt worden. Für Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. wurden 77,23 Millionen Mark aufgewendet.

Aus dem Verbandsgebiete.

Achtung, Vorstandsmitglieder!

Die Aussperrung der Tabatarbeiter ist beendet. Die Sammlungen sind deshalb eingestellt worden. Die Vorstandsmitglieder mögen dafür sorgen, daß die noch in den Ortsgruppen vorhandenen Sammelgelder unverzüglich nach Köln eingeschickt werden.

Die Sammellisten

dagegen sind sobald als möglich an die Zentrale in Düsseldorf einzuliefern.

Mit kollegialem Gruß

Die Geschäftsstelle.

Aus unseren Bezirken.

Arbeiterinnenagitation in Sachsen.

Vom 6. bis einschließlich 17. Januar fand die erste Arbeiterinnen-Agitationstour dieses Jahres statt und zwar im Weberlande Sachsen. Drei Arbeiterinnenversammlungen wurden während dieser Zeit in Oesterreich besucht.

Die Einleitung machte das Ortskartell Schirgiswalde mit seiner am 6. Jan. abgehaltenen Weihnachtsfeier. Das in allen Teilen harmonisch verlaufene Fest wird besonders auf die zahlreich anwesenden Frauen einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt haben. Doch gibt es bekanntlich nicht immer Feste, und so begannen gleich anderen Tages die gewohnten Arbeiterinnenversammlungen, allwo es viel eher möglich ist, die Lage der Einzelnen zu beobachten, zu erkennen und verstehen zu lernen, in denen das gewerkschaftliche Leben geweckt und gepflegt werden muß.

Die Versammlung in Großschönau wurde durch einen zahlreichen Besuch des evangelischen Jungfrauenvereins „Heimwalde“ beehrt. Wie die Frau Vorsitzende betonte, hat dieser Besuch nicht nur dazu gebietet, unseren Verband und die christlich-nationale Arbeiterbewegung näher kennen zu lernen, sondern auch im Vereinsleben den Kontakt mehr und mehr zu empfehlen! — Direkt nach Schluß der Arbeit war für Kirchau die Versammlung einberufen. Dort war auch eine Anzahl „freier“ organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen. Gleich nach dem Vortrag begann eine der Genossinnen

in äußerst fanatischer Weise über die „Christlichen“ sich zu äußern. Sie konnte sich dabei nicht enthalten, ins Persönliche überzugehen, um einen unserer Kollegen zu denunzieren. Allerdings ist dieses der Diskussionsrednerin schlecht bekommen, denn unter großem Beifall wurde die Anschulldigung unseres Kollegen zurückgewiesen. Wie nun feststeht, hat die Genossin aber auch noch ihre Arbeit verloren. Anderen tags, als sie ihre Waren abliefern, sei ihr gesagt worden, daß für sie keine Arbeit mehr vorhanden sei! Wir billigen das Vorgehen der Firma nicht, wir bedauern, daß sich diese Frau durch ihre gehässigen Ausführungen ihre bisherige Stellung verderben mußte, doch ist hierfür jedenfalls die sozialdemokratische Erziehungsweise verantwortlich zu machen.

In Ditzsch war die Versammlung gut besucht. Sie fand auch sonst im Zeichen des Fortschritts. Eine Kollegin führte den Vortrag. In Leutersdorf hingegen ist noch manche unentworfene, mißtrauliche Arbeiterin aufzuklären und noch manches Stück Arbeit zu tun; trotzdem verlief die dortige Versammlung sehr anregend und auch erfolgreich. Ebenso war es in Dautzen. Außer einer hübschen Anzahl Arbeiterinnen hatten uns auch einige Damen von dortigen Vereinen der erwerbstätigen Frauen und Mädchen (Sitz Berlin) die Ehre ihres Besuchs gegeben. Im Privatgespräch äußerte sich die Vorstandsdame dahingehend, daß ihr Verein unseren christlichen Gewerkschaften keine Konkurrenz mache, denn „Fabrikarbeiterinnen sammeln wir nicht!“ Das ist jedenfalls ein sehr offenes Geständnis und gibt ohne weiteres der christlichen Berufsorganisation die Pflicht, die alleinstehenden Fabrikarbeiterinnen in ihrem Verbandsverband zu vereinigen. Für die Schwesterorte Neusalza-Spremberg wurde zum erstenmale eine öffentliche Arbeiterinnenversammlung veranstaltet; dieselbe war ziemlich gut besucht. Die große Aufmerksamkeit der Anwesenden hat den Beweis erbracht, daß die Arbeiterinnen endlich ihre große Zurückhaltung abstreifen wollen; nur durch tatkräftiges Mitarbeiten in der Organisation wird mancher dort vorhandene Mißstand abgestellt werden können. In Meissen hat die Versammlung sehr befriedigt. Trotz der verschiedensten Hemmnisse wollen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht abschrecken lassen, unausgesetzt Kleinarbeit zu leisten.

Die drei Versammlungen auf österreichischem Gebiete kamen auf die Orte Warnsdorf, Philippdorf und Georgswalde. Die Warnsdorfer Kollegen des österreichischen Verbandes hatten weder Mühen noch Kosten gescheut, um eine gute Versammlung zustande zu bringen, desgleichen war dies der Fall in den beiden anderen Orten. Hier verdient noch die vorbildliche Ruhe und Aufmerksamkeit erwähnt zu werden, sowie die bereitwillige Aufnahme der gebotenen Aufklärungen gerade von Seiten der Arbeiterinnen.

Was diese erste Tour im neuen Jahre besonders interessant und wertvoll machte, ist, daß die sächsischen Arbeits- und Lohnverhältnisse eigenartige Erfahrungen mit sich brachten. Künstlich verlängerte Arbeitszeit an Vorabenden von Sonn- und Festtagen, ungerechte und harte Behandlung, unhygienische Einrichtung der Arbeitsräume gibt es doch vielfach. Ein besonderes Licht fällt auf die Lohnverhältnisse im „roten“ Sachsen, wenn ein in den reifen Mannesjahren stehender Arbeiter sagt: „Ich bringe es nicht soweit, dreimal hintereinander 24 M. (vierundzwanzig Mark) in 14 Tagen zu verdienen!“ Bei den Arbeiterinnen braucht man da vorweg nicht an hohe Löhne zu denken.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Borghorst. Infolge der Uebernahme der Bibliothek durch den neuernannten Bibliothekar sieht sich der Vorstand veranlaßt, sämtliche entliehenen Bücher einzuziehen. Es sind deshalb die Mitglieder gebeten, sämtliche Bücher an die Vertrauensmänner abzugeben. Ebenfalls wird die Agitationskommission an die freiwillig übernommenen Verpflichtungen erinnert und gebeten, denselben getreu nachzukommen.

Guenheim - Witzkirchen. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe, die am 21. Jan. stattfand, hatte einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen. An Stelle des verstorbenen ersten Vorsitzenden Wildenberg wurde der Kassierer Jos. Lehenich neugewählt und als Kassierer Kollege Jos. Reich. Der zweite Vorsitzende Küpper übergab nun dem Neugewählten die Ortsgruppe und hat die Kollegen, ihn in seinem schweren Amte zu unterstützen.

Hinsbeck. In Verbindung mit dem Arbeiterverein veranstaltete unsere Ortsgruppe am 14. Jan. einen Familienabend. Da das Lokal überfüllt war, mußten viele umkehren. Zuerst hielt der Präses des Arbeitervereins einen feierlichen Vortrag über „Die Arbeit im Lichte der christlichen Weltanschauung“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nachdem ein Prolog vorgetragen worden war, hielt Herr Kaplan Goerz aus Grefrath einen Vortrag über den „Bergbau, seine wirtschaftliche Bedeutung und seine Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten“. Auch dieser Vortrag fand den ungeteilten Beifall der Anwesenden. Hierauf folgte der gemütliche Teil. Wiederholend des Männerquartett-Vereins, zwei flott gespielte Theaterstücke und Verlosung 30 wertvoller Bilder und einiger nützlicher Bücher. Die Bilder waren Geschenke der Herren Pfarrer und des Herrn Kaplan Verhulsdonk. Gegen 10 Uhr war die Veranstaltung zu Ende. Die Teilnehmer gingen mit dem Bewußtsein nach Hause, einen lehrreichen und gemütlichen Abend verlebt zu haben.

Gott. Bedeutend zahlreicher hätten sich unsere Mitglieder zu der am 14. Januar stattgefundenen Generalversammlung einfinden dürfen, denn die Versammlung bot Interessantes zur Genüge. Mit Stolz konnte der Vorsitzende in seinem Geschäftsberichte feststellen, daß auch das vergangene Jahr wieder ein Jahr des Aufschwunges für unsere Ortsgruppe gewesen ist, hat der Mitgliederbestand sich doch um rund 50 vermehrt. Viel Erfreuliches hatte auch der Kassierbericht aufzuweisen. Allseitig wurde die mühevoll und freudig geleistete Arbeit der führenden Kollegen anerkannt. Der bisherige Vorsitzende, welcher schon volle 10 Jahre mit im Vorstande tätig war, hat die Versammlung, doch einmal von seiner Person bei den zu tätigen Wahlen Abstand zu nehmen, damit auch andere tüchtige Kollegen, welche ge-

nügend vorhanden seien, dazu noch jüngere Kräfte, sich betätigen möchten. Diesem Wunsche entsprechend wurde als Vorsitzender der Kollege Aug. Keffels gewählt. Die übrigen auscheidenden Vorstandsmitglieder, darunter auch eine Kollegin, wurden wiedergewählt. Auch die Wahlen zum Ortskartell und zum Ausschuss für soziale Angelegenheiten gingen glatt vonstatten. Zum Schluß hielt der Kollege Müller einen kurzen Vortrag über die Lehren, die uns das Jahr 1911 gegeben und ermunterte die Kollegen zu noch tatkräftigerer Arbeit. Denn auch für das Jahr 1912 gilt die Parole: vorwärts immer, rückwärts nimmer.

Langerfeld. Bei der Vorstandswahl in unserer Generalversammlung wurden die Kollegen August Könnemann als zweiter Vorsitzender und Hermann Dreßer als Kassierer wiedergewählt. Letzterer ist bereits 10 Jahre als Kassierer in unserer Ortsgruppe tätig. An dieser Stelle sei ihm unser aller Dank ausgesprochen und er allen anderen Kollegen als Muster eines tüchtigen Gewerkschaftlers vor Augen gestellt. Die beiden Kollegen Leckebusch und Bausche wurden als Kassierrevisoren gewählt. Das wichtigste der Generalversammlung war Punkt IV der Tagesordnung: „Einführung eines Lokalbeitrages“. Anfangs schien es, als ob keine Stimmung für die Einführung eines solchen Beitrags vorhanden wäre. Bei der Abstimmung jedoch kam der Beschluß heraus, daß ab 1. April 1912 ein Lokalbeitrag von wöchentlich fünf Pfennig erhoben werden soll. Wir richten nun am Anfang dieses Jahres an alle Kolleginnen und Kollegen die dringende Bitte, mehr wie bisher sich an den Versammlungen und am ganzen gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen.

Meißen. Trotz der schwierigen Verhältnisse ist unsere Ortsgruppe im vergangenen Jahre einen Schritt vorwärts gekommen. Das war dem Jahresbericht zu entnehmen, den unser Schriftführer in der Versammlung am 14. Jan. gab. Der Kassierer erstattete den Kassierbericht. Die gesamte Einnahme betrug 279,50 M. Davon wurden 224,70 M. an die Zentralkasse abgeliefert. Der Vorsitzende dankte dem Kassierer für die pünktliche und gewissenhafte Kassienführung. Dann wurde beschlossen, den Lokalbeitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. pro Monat zu erhöhen. Der Beschluß tritt am 1. April 1912 in Kraft. Die Wahl des Vorstandes ging glatt von statten. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Ratowsky wiedergewählt. Kollege Seltmann wurde als Kassierer, Kollege Tenert als Schriftführer und Kollege Schilke als Beisitzer gewählt. Als Delegierte zum Ortskartell wurden die Kollegen Ratowsky, Seltmann, Mischal und Schilke bestimmt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, in Zukunft die Versammlungen jeden ersten Sonntag nach Quartalsabschluss, vormittags 1/11 Uhr im Gesellenhause abzuhalten. Dann wurden noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht. Der Vorsitzende dankte allen für die treue Mitarbeit im vergangenen Jahre und hoffte auch fernerhin auf dieselbe.

Obersorfbach. Wie jeder strebsame Verein, Geschäftsmann und Familienvater beim Jahresabschluss einen Rückblick zu machen pflegt, bzw. machen muß, um zu konstatieren, ob das vergangene Jahr für ihn gewinn- oder verlustbringend verlaufen ist, so hatte auch unser Vorstand die Mitglieder am 21. Januar versammelt, die Bilanz des vergangenen Geschäftsjahres zu ziehen. Mit berechtigtem Stolz können wir feststellen: Wir sind gewachsen nach innen und nach außen hin. Der aufgestellte Geschäftsbericht ergab hierüber ein klares Bild. Wir lassen die Hauptpunkte folgen. Am 1. Jan. 1911 hatten wir 35 Mitglieder, am 1. Jan. 1912 45 Mitglieder (25 Kollegen und 20 Kolleginnen). Zwei Kolleginnen sind im abgelaufenen Jahre infolge Heirat ausgetreten. Die Einnahmen betrugen im Geschäftsjahr 743,40 Mark. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausgezahlt 300,10 M., an Krankenunterstützung 68,10 M., an Minderungsunterstützung 9 M. Es wurden also den Mitgliedern 377,20 M. zurückgezahlt. An die Zentralkasse wurde abgeliefert 254,70 M., der Bestand der Ortsgruppenkasse beträgt 30,50 M. Versammlungen wurden abgehalten: eine öffentliche, vier Mitgliederversammlungen und vier Vorstandsvorsitzungen.

Trotz der Krise haben unsere Mitglieder treu zur Fahne gehalten, ein Beweis dafür, daß die Erkenntnis des Zusammenschlusses in Zentralverbänden sich immer weiter Bahn bricht. Ueber den Werdegang unseres Verbandes hielt Kollege Hamacher (Nachen) einen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion wurde die Frage der Einführung von Lokalbeiträgen berührt, jedoch noch kein Beschluß gefaßt. Bei der Vorstandswahl ergab sich folgendes Resultat: Als Kassierer wurde Kollege Joseph Decker neugewählt, als Schriftführer Kollege Jakob Sommer wiedergewählt, weiterhin wurde noch Kollegin Kath. Peters in den Vorstand gewählt. Die Agitationskommission soll bestehen bleiben wie bisher.

Kollegen und Kolleginnen! Stellt euch noch mehr denn je in den Dienst der guten Sache. Jedes Mitglied mache es sich zur Pflicht, bis zur Verbands-Generalversammlung wenigstens ein neues Mitglied zu werben. Agitationsmaterial ist beim Vorstand zu haben. Ueberlassen wir nicht die ganze Arbeit dem Vorstand und der Agitationskommission, sondern sei jeder in diesem Sinne tätig, das muß uns vorwärts bringen. Suchen wir die noch Fernstehenden, ganz besonders aber die Jugendlichen (deren gibt es in Obersorfbach noch recht viele) für unsere Sache zu interessieren, denn wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Und nun, Kolleginnen und Kollegen, frisch ans Werk, daß wir bei der diesjährigen Verbands-Generalversammlung sagen können: Wir haben ein gutes Stück Arbeit mitgeleistet am Erweiterungsbau unseres Verbandes. Mutig ans Werk unter der Parole des Zentralvorstandes: Den 50000 entgegen.

Sagan (Schl.). Schon des öfteren haben wir unser Organ in Anspruch nehmen müssen, um der Öffentlichkeit zu zeigen was für ein „Edorado“ Sagan für die Textilarbeiterchaft ist. Besonders die Firma Moos, Löb und Beer ist dafür bekannt, daß sie Löhne zahlt, welche tatsächlich zum Leben zu gering sind. Löhne von 5 bis 8 Mark sind gar keine Seltenheit. Vor uns liegt das Lohnbuch eines guten Webers, welcher es in den letzten fünf Wochen bei angelegter Arbeit auf 9 M. wöchentlich gebracht hat. Bei solchen Verhältnissen sollte man annehmen, daß die Arbeiterchaft doch wenigstens den Versuch machen würde, zu besseren Verhältnissen zu gelangen. Doch weit gefehlt. Ein großer Teil ist im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande organisiert. Wir müssen gestehen, daß man selten fowiel Fanatismus andersorganisierten Arbeitern gegenüber antrifft, wie in Sagan. Auf die Wahl der Mittel kommt es den betörten Genossen und Genossinnen gar nicht an. Jedes Mittel ist gut genug, um gerade der christlichen Organisation zu schaden. So verbreitete z. B. vor einiger Zeit eine Genossin die aus den Fingern gefundene Unwahrheit, der christliche Textilarbeiterverband zahle keine Unterstützungen. — Selbstverständlich ohne jeden Beweis.

Nun besteht aber bei obgenannter Firma ein Arbeiterauschuss, welcher fast nur aus Mitgliedern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zusammengesetzt ist. Es

kam nun vor einigen Wochen vor, daß die Weber, welche Coupon verwebten, drei Tage nach Erledigung dieser Arbeit feiern sollten. Der „Arbeiterauschuss“ wurde vorstellig. Und was geschah? Die Mitglieder des Arbeiterauschusses brauchten nicht zu feiern, während alle andern drei Tage ohne Verdienst blieben. Nicht wahr, das ist eine nette Interessenvertretung? Solches ist die wahre Gleichheit und Brüderlichkeit. Und nun behaupte noch einer, daß der sozialdemokratische Verband in Sagan keine Arbeiterinteressen vertritt. — Öffentlich wird auch die Saganer Arbeiterchaft einmal zu der Erkenntnis kommen, daß nicht diejenigen, die bei jeder Gelegenheit radikale Phrasen dreschen, es am besten meinen, sondern daß es außer den selbsttätigen Sozis auch noch eine ehrliche und vollgültige Interessenvertretung im Zentralverband christlicher Textilarbeiter gibt.

Stadtilohn. Ein leuchtendes Vorbild eines christlichen Gewerkschaftlers, das gerade in der jetzigen Zeit unsern hiesigen Kollegen Not tate, ist in der Person unseres hiesigen Kollegen und Mitbegründers unserer Ortsgruppe, Herrn Christian Raabe, von diesem Erdenleben abgerufen worden. In B.-Stadbach ist er am 21. Januar im Alter von 77 Jahre gestorben. In ihm verliert unser Verband einen wirklich echten Kollegen, voll Standesfinn, Kollegialität, Opfermut und Idealismus. Noch bestand erst der Textilarbeiterverband für Borscht und Umgegend, als auch er schon in Stadtilohn den Gewerkschaftsfaden zu spinnen begann, bis auch hier eine Ortsgruppe entstand. Es wird nicht viele Arbeiter geben, die wie er eine ausgebildete Wissensfülle besaßen und mit solcher Genauigkeit die christliche Arbeiterbewegung, ihre Mittel und Ziele im Gegensatz zur „freien“ Gewerkschaft in der ersten gewerkschaftlichen Zeit unterschieden und festlegten und die mit einer solchen Begeisterung und Opferwilligkeit, die ihn auch auf dem Krankenlager nicht verlassen hat, für die Sache der Arbeiter gekämpft und gestritten haben. Wenn sein Name auch nicht so in die Öffentlichkeit gedrungen ist, so weiß doch ein jeder, der den Toten näher kennen gelernt hat, welche tüchtigen Mann die christliche Arbeiterbewegung, besonders auf dem Gebiete des Bildungswesens und der Kleinagitation, in ihm verloren hat. Glückliches Wachstum und Gedeihen seiner Saat und Ehre seinem Andenken!

Waffenberg. Eifrige Mitglieder lesen regelmäßig das Verbandsorgan und besuchen alle Versammlungen. Dieses hob der Kollege Müller-M.-Stadbach in seinem Referat „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ auf unserer Generalversammlung ganz besonders hervor. Er wies an der Hand von Tatsachen nach, daß nur solche Mitglieder, welche ihre Pflichten ganz erfüllen, imstande sind, den Strömungen, welche manchmal gegen die christlichen Gewerkschaften vorgehen, sich entgegenzusetzen. Dieses mögen sich verschiedene Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe merken. Befinden sich doch in dem Betriebe der Firma Krähnen u. Gobbens einige Arbeiter, die es sich zur Aufgabe machen, den christlichen Gewerkschaften genau nach dem Rezept der Sozialdemokratie: „Streichle die Mitglieder und trete die Führer vor den Bauch“, Mitglieder abspenstig zu machen. Wenn es auch keine ausgesprochenen Sozialdemokraten sind, handeln tun sie gerade so. Keine unwahre Behauptung ist den Herren zu schade, um den Vorstand der hiesigen Ortsgruppe und den Ausschuss des genannten Betriebes bei den Mitgliedern herunterzureißen. Was diese Leute aber für „rechte Kerle“ sind, zeigt, daß dieselben schon zweimal zu einer Versammlung zwecks gegenseitiger Aussprache eingeladen wurden, aber nicht erschienen sind. Sie wollen unter allen Umständen „lieb Kind“ bei der Firma sein, um nur gutes Material zu bekommen. Das ist ist gewiß nicht standesbewußt und charaktervoll gehandelt. Es ist nun Pflicht eines jeden Mitgliedes, diesen Nachkollegen entschieden entgegenzutreten. Einen kollegialen Verkehr kann man mit ihnen nicht unterhalten. Ob solche Arbeiter der Firma von Nutzen sind, möge die Erfahrung lehren. Wir glauben es nicht, denn Arbeiter, die nichts tun, als über Zeitung und Ausschuss schwadronieren und das Gute, das durch das vernünftige Vorgehen des Ausschusses und das gerechte Entgegenkommen der Firma und dessen Leitung für die Arbeiter errungen wurde, unter der Arbeiterschaft als nichts oder als etwas, was nur auf dem Papier steht, darstellen und so große Empörung unter den Arbeitern wachrufen, dienen nach unserer Ansicht dem Aufblühen des Betriebes gar nicht.

Werdein. Hohe sozialdemokratische Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen sind aus unserer Nachbarstadt Kettwig zu berichten. Bei der Firma Markfelder u. Killmann, Metallwarenfabrik in Kettwig, haben vor etwa 14 Tagen die im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt. Der Grund zu diesem Vorgehen war ein direkt unfruchtiger und beweist, wie frivol von den Sozialdemokraten angebliche Streiks inszeniert werden. Etwa vier Wochen vor Weihnachten war zwischen einem christlich organisierten Arbeiter J. und dem in Kettwig sich als Hauptheld der Sozialdemokratie fühlenden Genossen Dehne ein Streit ausgebrochen, der in Lällichkeiten ausartete und zur Entlassung beider Beteiligten führte. Nach näherer Untersuchung des Streites, und nachdem sich herausstellte, daß den christlich organisierten weniger Schuld traf, wurde derselbe am 8. Januar wieder eingestellt. Sofort verlangten nun die freiorganisierten Genossen von der Firma auch die Wiedereinstellung ihres Genossen Dehne oder die Entlassung des Christlichen, welchem Verlangen die Firma selbstverständlich nicht nachkam. Was nun tun? Es gab für die freiorganisierten kein anderes Mittel, als das der ArbeitsEinstellung. Sofort legten zunächst die Klempner die Arbeit nieder. Als die Firma sich auch dann noch nicht dem Willen der Genossen beugte, traten sämtliche im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter in den Aufstand.

Wenn sozialdemokratischerseits einmal allen gewerkschaftlichen Grundsätzen zuwider gehandelt worden ist, dann hier. Die sozialdemokratischen Arbeiter wiegten sich in dem albernen Gedanken, die Firma könne ohne sie nicht auskommen. Als aber durch Vermittlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, dessen Vernichtung das Vorgehen der Genossen bezwecken sollte, der Firma Ersatzkräfte gestellt wurden, mußten die Ausständigen wohl zu der Erkenntnis gekommen sein, daß es auch ohne sie gehe. Mehrere ihrer Arbeitsplätze wurden in den ersten Tagen besetzt. Sofort begann nun eine ganz unerhörte Belästigung der Neueinstellenden und der Neuzuzustellenden. Künstlich wird die frivole ArbeitsEinstellung zu einem Streit gestempelt, um so die Arbeitswilligen als Streikbrecher erscheinen zu lassen. Die Unkommenden werden wie folgt begrüßt: „Man sollte die Streikbrecher totschlagen“, „elendes Gefindel“, „das Genick muß man ihnen umdrehen“ und dergleichen. Als diese Begrüßung nicht den gewünschten Erfolg hatte, griff man zu wirksameren Mitteln. Beim Logisuchen wurden die christlichen Arbeiter verfolgt, so daß sie ihres Lebens nicht mehr sicher waren. Zu Lällichkeiten ist es

schon vor einigen Wochen vor, daß die Weber, welche Coupon verwebten, drei Tage nach Erledigung dieser Arbeit feiern sollten. Der „Arbeiterauschuss“ wurde vorstellig. Und was geschah? Die Mitglieder des Arbeiterauschusses brauchten nicht zu feiern, während alle andern drei Tage ohne Verdienst blieben. Nicht wahr, das ist eine nette Interessenvertretung? Solches ist die wahre Gleichheit und Brüderlichkeit. Und nun behaupte noch einer, daß der sozialdemokratische Verband in Sagan keine Arbeiterinteressen vertritt. — Öffentlich wird auch die Saganer Arbeiterchaft einmal zu der Erkenntnis kommen, daß nicht diejenigen, die bei jeder Gelegenheit radikale Phrasen dreschen, es am besten meinen, sondern daß es außer den selbsttätigen Sozis auch noch eine ehrliche und vollgültige Interessenvertretung im Zentralverband christlicher Textilarbeiter gibt.

leitens der Gesellen auch schon gekommen. Am Mittwoch, den 17. Januar, mittags gegen 2 Uhr wurde der Beamte Hr. des christlichen Metallarbeiterverbandes von einem der roten Ausführenden hinterücks angefallen und zu Boden geschleudert. Ein Arbeiter namens Au. mußte dies Heldenstück ausführen.

Die „Streikenden“ halten sich jetzt den ganzen Tag zwischen Bahnhof und Fabrik auf, und jeder, der verdächtig erscheint, bei der Firma Killmann in Arbeit zu treten, ist Anpöbelungen und Tätlichkeiten ausgesetzt. Gestern, Freitag nachmittag, wiederholte sich das Beispiel vom Mittwoch. Als der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes Pabst, der einen bei der Firma Neueintretenden nach dort begleitet hatte, sich auf dem Rückwege zum Bahnhof befand, wurde er zuerst von dem Genossen D. angesprochen. Beim Weitergehen wurde P. von den anderen Genossen, die in Gruppen zusammenstanden und offensichtlich auf ihn gewartet hatten, angerempelt und einer holte, ohne weiteren Grund, mit der Hand zum Schläge aus, der aber glücklich pariert wurde. Dann stürzte die ganze Motte wie eine Horde heulender Bräuerwölfe auf P. zu, so daß demselben nichts übrig blieb, als die Flucht zu ergreifen. Mit Steinen warf man hinter ihm her, und Rufe wie: „Laß dich nur nicht wieder in Kettwig sehen, lebendig kommt du nicht wieder heraus“, schallten ihm nach.

Es ist besonders die Stelle zwischen dem Bahnhof und den ersten Häusern, wo sich diese Helden aufhalten und wo auf weiter Strecke kein Haus steht. Hier glauben sie ungeföhrt hausen zu können. Diese Gegend wird der Polizei zur besonderen Beachtung empfohlen.

Wenn aber die sozialdemokratischen Kettwiger Metallarbeiter glauben, die Bekämpfung des christlichen Metallarbeiterverbandes durch die oben geschilderten Gewalttätigkeiten noch weiter treiben zu sollen, dann sind sie doch sehr auf dem Holzwege. Gegen solche Terroristen gibt es noch andere Mittel, und die Beteiligten sollen nicht hinterher darüber flagen und jöhnen, wenn ihnen ein gebührender Denksatz verabreicht wird.

Wit der so frivol und unüberlegt inszenierten Arbeitsniederlegung bei der Firma Killmann werden die Genossen ein trauriges Glas erleben oder haben es vielmehr schon erlebt. Das Nachspiel könnte noch schlimmer werden. Was aber sagt wohl die Offener Ortsleitung zu dem Spiel ihrer Leute in Kettwig, das allen gewerkschaftlichen Grundsätzen sohn sprich? Die leitenden Personen scheinen durch ihre Tätigkeit für die Reichstagswahl an ihre gewerkschaftlichen Arbeiten überhaupt nicht zu denken.

Zittau. Die Gesamteinahme unserer Ortsgruppe im vergangenen Quartal betrug 532,20 M. Die Ausgaben betragen 134,52 M. Sie verteilen sich auf folgende Posten: an 15% Anteil der Ortsgruppenkasse 79,82 M., Krankenunterstützung 29,40 M., Arbeitslosenunterstützung 25,30 M. Die Sozialkasse hatte am Schlusse des vierten Quartals 1910 einen Bestand von 14,96 M. Der 15% tige Anteil betrug 79,82 M. und stellt sich am Schlusse des vierten Quartals 1911 auf 94,78 M., die Ausgaben betragen 60,14 M., so daß ein Bestand von 34,64 M. für das erste Quartal 1912 verbleibt. Als Vorsitzender wurde in der Generalversammlung Heinrich Pider wiedergewählt, Kollege Otto Thomas wieder als Kassierer. Neugewählt wurden August Petric als Schriftführer, Gustav Schafschel und Anton Jäger als Revisoren. Als Vertrauensperson wurde Emma Petric wiedergewählt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Arbeitslosenversicherung der Stadt Freiburg i. Br. In seiner Sitzung vom 31. März 1910 hat der Bürgerausschuß der Stadt Freiburg die vom Stadtrat angeforderten 3000 Mark für die Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung bewilligt. Sie beruht wie die Einrichtung in Genf, Straßburg und Mülhausen i. Elsas auf dem Zuschußsystem, unterscheidet sich aber in wesentlichen Punkten von den Versicherungsordnungen dieser Städte.

Ueber die Einzelheiten schreibt Dr. Jos. Gdler, im „Stadtverordneten“. Zunächst ist der ganze Rahmen erweitert. Die Bestimmungen umfassen nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Notstandsarbeiten, um durch ein systematisches Zusammengreifen von Arbeitsnachweis, Notstandsarbeiten und Arbeitslosenversicherung eine zueinander Durchföhrende der Arbeitslosenfürsorge zu ermöglichen.

Zuschüsse erhalten Arbeiter, die der Arbeitslosenversicherungskasse eines Berufsvereins angehören, sowie Arbeiter, welche die vorgeschriebene Sparrichtung benutzt haben; ausgeschlossen sind (im Gegensatz zu Straßburg) Bauhandwerker (Notstandsarbeiter) und zeitweise landwirtschaftliche Arbeiter.

Für diejenigen Arbeiter, die entweder nichtorganisiert sind oder Berufsvereine ohne Arbeitslosenversicherung angehören, ist eine besondere Sparrichtung in der Weise getroffen, daß sie beim städtischen Arbeitsamt sich ein besonderes Sparheft zu beschaffen und Sparraten zu zahlen und einzulösen haben. Die Höhe des Sparguthabens ist zunächst auf 40 M. festgesetzt worden, entsprechend der 30tägigen Unterstüzungzeit. Der Sparer behält das freie Verfügungsrecht über sein Guthaben. Während der Zeit der Arbeitslosigkeit darf dasselbe jedoch nur in bestimmten Beträgen oder im ganzen abgehoben werden. Der städtische Zuschuß beträgt 50% zu den Abhebungen vom Sparguthaben während der Arbeitslosigkeit. Der abzuhelbende Betrag ist zunächst auf 1 M. pro Tag festgesetzt worden. Der städtische Zuschuß wird aber nur im Verhältnis zum Sparguthaben gewährt. Befügt z. B. ein Sparer bei Eintritt der Arbeitslosigkeit nur über ein Guthaben von 10 M., so erhält er nur für 10 Tage Zuschuß, bei 20 M. für 20 Tage u. Die Höchstgrenze sind 40 M. gleich 40 Tage.

Was die Freiburger Arbeitslosenversicherungsbestimmungen demnach von der Straßburger und Mülhäuser Versicherungsordnung unterscheidet, ist einmal die Ansetzung einer bestimmten Kategorie von Arbeitern (Bauhandwerker) für die Versicherung unter gleichzeitiger Anordnung anderer Maßnahmen im Falle ihrer Arbeitslosigkeit (Notstandsarbeiten) und ferner die Einbeziehung einer anderen Gruppe, nämlich derjenigen, die einem Berufsverein mit Arbeitslosenversicherung nicht angehören.

Die Lösung der letzteren Aufgabe bildet einen besonderen Vorzug der Freiburger Versicherungsordnung. Sie begegnet damit einem der Hauptwände der Gegner dieser Fürsorgeeinrichtung, nämlich dem der einseitigen Begünstigung der Arbeiterorganisationen.

Hervorgehoben zu werden verdient schließlich noch, daß alle Leistungen der Stadt freiwilliger Natur sind und für

die Beteiligten keinerlei Ansprüche begründen. Den an der Versicherung beteiligten Arbeitslosen soll vor den anderen Arbeitenden Arbeitslosigkeit durch das städtische Arbeitsamt nachgewiesen werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten ist eine besondere Kommission eingesetzt, bestehend aus dem Vorsitzenden der Aufsichtskommission für das Arbeitsamt und einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer.

Bis Ende 1910 haben 16 Organisationen der freien Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 1768 und 7 Organisationen der christlichen Gewerkschaften mit 367 Mitgliedern Antrag auf Zulassung zu der am 1. September 1910 in Kraft getretenen städtischen Arbeitslosenversicherung gestellt. Die Prüfung der Statuten dieser Verbände hat ergeben, daß sämtliche die Voraussetzung für die Teilnahme an der Versicherung erfüllen. An der Sparrichtung beteiligten sich für ihre Mitglieder die nachstehenden Vereine durch Entgegennahme der Anmeldungen und Verkauf von Sparraten: Arbeiterbildungsverein, kath. Gesellenverein, kath. Arbeiterverein, evang. Arbeiterverein, Verband christlicher Schneider und Verband christlicher Maler.

Die Freiburger Stadtverwaltung hat mit dieser neuesten Fürsorgemaßnahme dem reichen Kranze ihrer Wohlfahrts-einrichtungen einen weiteren schönen Zweig einverleibt, der von ihrem fortschrittlichen Geiste auf sozialpolitischem Gebiet und von ihrem großen Wohlwollen für die wirtschaftlich bedrängten Bevölkerungsteile zeugt. Freiburg, welches schon früher auf dem Gebiete der Wohnungsfrage (durch Verteilung von 266 kleinen Mietwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung) vorbildliches geleistet hat, ist die erste Stadt in Baden, welche der Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems praktisch näher getreten ist.

Wie werden Feuerungen gemacht? Die amerikanischen Blätter berichten von einem ungeheuerlichen Vorkommnis, das wieder einmal so recht zeigt, wohin die Habgier den Menschen führen kann. Denn als Habgier vom reinen Wasser muß es bezeichnet werden, wenn das, was hier der Morganbank in New-York zur Last gelegt wird, auch nur zu einem Teil auf Wahrheit beruht. Die Morganbank soll nämlich der brasilianischen Regierung einen Kredit eingeräumt bezim ein Darlehen gegeben haben in Höhe von 50 Mill. Dollar. Hierfür ließ dieselbe sich den Anteil der Regierung an der letzten Kaffee-Ernte des Landes verpfänden, was ca. ein Drittel des gesamten brasilianischen Ertrages ausmachte. Auf diese Weise gelangten bei der letztjährigen Kaffee-Ernte 6 Mill. Sack = 2400 Millionen Pfund Kaffee in den Besitz dieser Bank. Und was soll die Morganbank mit dem ihr übergebenen, bereits verladenen Pfand von 6 Mill. Sack Kaffee getan haben. Um den Kaffeepreis hoch zu halten und Börsenpaniken zu verhüten, ließ sie das gesamte Quantum verderben und ins atlantische Meer werfen. Reicher Segen winkte dem Volke durch eine reiche Kaffee-Ernte. Das Interesse vieler, ja ganzer Massen und Völker mußte also wieder einmal auf die Karte Einzelner oder einiger Wenigen gesetzt, das Wohl vieler dem Interesse Einzelner geopfert werden. Es soll dieses Vorgehen mit dahin geführt haben, daß der bisherige hohe Preis für Kaffee nicht nur sich hielt, sondern noch fortgesetzt stieg. — Für die Nichtigkeit des Geschichtlichen kann man sich, so schreibt die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“, natürlich nicht verbürgen, wodurch aber u. E. bei dem bekannten Spekulationsbetrieb unserer Finanzwelt und vor allem der amerikanischen die Wahrscheinlichkeit deselben keineswegs in Frage gestellt zu werden braucht.

Wie die seit dem Jahre 1906/07 bestehende Kaffee-Valorisation noch fortgesetzt ihren geradezu verheerenden Einfluß ausübt in Bezug auf das Hochhalten der Preise, ergibt sich des weiteren aus folgender Schilderung, die wir der Leipziger Kolonialwarenzeitung entnehmen:

Der in Paris erscheinende „Le Bresil“ veröffentlicht eine Depesche aus San Paulo vom 2. Dezember, wonach die Regierung beschlossen haben soll, 700000 Sacke Valorisationskaffee im Jahre 1912 zu verkaufen. Man bezweifelt in Europa, daß die Regierung schon jetzt eine endgültige Erklärung abgegeben hat, denn in früheren Fällen hat das Londoner Komitee solche Anzeigen erst zu Anfang jedes Jahres erlassen. Nach den früher getroffenen Vereinbarungen muß das Komitee allerdings 700000 Sacke im nächsten Jahre verkaufen, wenn die Regierung es verlangt. Soll ein größeres oder kleineres Quantum als 700000 Sacke verkauft werden, so ist die Zustimmung sowohl der Regierung als des Komitees erforderlich. Die bis jetzt bekannt gewordenen Auktionen scheinen nun darauf zu deuten, daß die Bestrebungen einzelner Komiteemitglieder dahin zielen, möglichst wenig Valorisationskaffee im Jahre 1912 zu verkaufen, die Regierung aber nicht gewillt ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Nach den neuesten vorliegenden Nachrichten ist die Zusammenkunft des Londoner Valorisationskomitees, die am 5. Januar stattfinden sollte, auf den 25. Januar verschoben worden. Die Ankündigung des im Januar 1912 zu verkaufenden Quantums wird also nicht Anfang Januar, wie in früheren Jahren, sondern Ende Januar erfolgen, und dementsprechend werden die Auktionen auch wohl etwas später als sonst abgehalten werden. Die Absicht des Komitees ist ohne Zweifel, den Brasilianern einen Monat länger Spielraum für den Verkauf ihrer Ernte zu geben, bevor die Auktionen des Valorisationskaffees ihnen Konkurrenz bieten. Die Ungewißheit über das Quantum, die Zeit und die Verteilung der Verkauf ist aber dem ins Auge gefaßten Zweck nicht förderlich, wie die Zukunft zeigen wird. Brasilien schien mit seinen Forderungen nachzugeben, neue Einkäufe des Kaffe-Syndikats haben aber die Stimmung wieder befestigt. Die besten Auktionspreise waren 70/10 Kopfracht für superior, 67/10 für good, 63/10 für regular und 59/10 für Hamburger Minimaalthe. Die Ablieferungen von Brasilkaffee an den amerikanischen Hafen waren mäßig und betragen nur 64000 und 71000 Sacke in den beiden letzten Wochen.

Ausbau der sächsischen Gewerbeaufsicht. Die sächsische Regierung will einige Hilfskräfte aus dem Arbeiterstande zur Mitwirkung bei der Gewerbeaufsicht heranziehen. Das Personal der sächsischen Gewerbeaufsicht soll auf 15 Gewerbeinspektoren, 29 Assistenten, 5 Beamten, 1 Kommissar und 2 Steinbruchmeister vermehrt werden. Die Stelle eines gewerbeteknischen Oberrates ist neu vorgesehen. Die neugeplante Zentralstelle für die gesamte Gewerbeinspektion ist ebenfalls zu begründen. Wie man sieht, ist das Königreich Sachsen bestrebt, einen großen Zug in seine Gewerbeaufsicht zu bringen. Hoffentlich werden die anderen Bundesstaaten dem Beispiele folgen.

Verammlungskalender.

- Murn St. Georg. 4. Febr., 6 Uhr, bei Ww. Bernhard Klagen, Familienabend.
- Boischheim. 4. Febr., 11 Uhr, bei Geesen, Generalversammlung.
- Braunschw. 3. Febr., 8 Uhr, bei Fr. Sandmann, Kaiser-Geburtstagsfeier.
- 10. Febr., 6 Uhr, bei Wiltz, Vor dem Berge.
- Brand. 6. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Jos. Bongenberg Generalv.
- Düßeldorf. 4. Febr., bei Peter Püs, Martinstraße.
- Elberfeld. 3. Febr., 8 Uhr, bei Gerkenrath, Klobbahn, Generalversammlung.
- Fischeln. 4. Febr., 11 Uhr, bei Müller, Generalversammlung.
- M.-Glabach-Waldhaufen. 4. Febr., 6 Uhr, bei Joh. von der Burg Generalversammlung.
- Greven. 8. Febr., 8 Uhr, bei Winninghoff, Sitzung der Agitationskommission und des Vorstandes.
- Sermgers-Dahl. 4. Febr., 11 Uhr, bei Jos. Schumacher, Dürenstr.
- Hinsbeck. 20. Febr., 5 1/2 Uhr, bei Frau Ww. Föhnen, Generalversammlung.
- Jüchen. 11. Febr., 1/6 Uhr, bei Schumacher, ordentliche Generalversammlung.
- Kaldenkirchen. 11. Febr., 11 Uhr, bei Peter Wierich, Generalversammlung.
- Kohlstedt. 11. Febr., 11 Uhr, bei Peter Gilleßen, Generalvers.
- Leuth b. Kaldenkirchen. 11. Febr., 6 Uhr, bei Joseph Dücker.
- Mühlheim-Rhein. 7. Febr., 6 1/2 Uhr, bei Böcker, Wallstr. 10, Generalversammlung.
- Neersen. 11. Febr., 8 Uhr, bei Franz Köppen, Generalvers.
- Odenkirchen. 4. Febr., 10 Uhr, im deutschen Caf, Generalvers.
- Leht. 1. Febr., 10 1/2 Uhr.
- Oesslingen-Brennet. 4. Febr., 1/3 Uhr, im Lokale zur Siegeskrone, Generalversammlung.
- Nonsdorf. 10. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Gust. Dürholt, Lüttringhauserstr., Generalversammlung.
- Schaag. 11. Febr., 11 Uhr, bei Joh. Peters, Generalvers.
- Waltentheid. 4. Febr., 1/5 Uhr, bei Jakob Kahlen außerordentliche Generalversammlung.
- Werden (Ruhr). 4. Febr., 10 Uhr, im Lokale zur Krone am Markt, Generalversammlung.

Literarisches.

Kalender für Spinnerei und Weberei 1912. Dieser Kalender liegt im dritten Jahrgange vor. Er ist redigiert von dem bekannten tüchtigen Fachmann auf dem Gebiete der textilen Kunst, Herr F. Schams, Igl. Webeschuldirektor in Chemnitz.

Der Kalender, den man viel eher ein Lehrbuch für die Textilindustrie nennen könnte, führt uns durch die bedeutendsten Zweige unseres Gewerbes. Er spricht zunächst über textile Faser- und Spinnstoffe der verschiedensten Art, über ihr Wachstum, ihre Zuleitung, ihre Verarbeitung, ihren Handel und ihren Absatz usw. Von der Spinnerei führt er uns in die Weberei mit ihren verschiedenen Nebenzweigen. Illustrationen, Zeichnungen über Bindungen, Tabellen über verschiedene Berechnungsarten in unserm Gewerbe vervollständigen den textlichen Teil.

Der Kalender ist in schmuckem Umschlage, akkurat und kräftig gebunden; für Abtizen ist reichlich Gelegenheit gelassen. Mit 1,50 M. ist er billig berechnet. Die Anschaffung kann unsern Mitgliedern und Ortsgruppen empfohlen werden.

Inhaltsverzeichnis.

- Winterturn. — Artikel: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften. — Die Reichstagswahlen. — Verammlungsleitung und parlamentarische Verhandlungsform. — Eine Eingabe der Maschinen- und Holzwarenfabrikanten an den Kaiser. — Revision: Nicht über den Stand hinaus. — Allgemeine Kundschau: Der „Totentanz der Christlichen“. — Vormärts immer! — Die Intoleranz und Doppelmoral des sozialistischen Buchdruckerverbandes. — Banet die christlichen Gewerkschaften aus. — Von einem „christlichen Streikbruch“ in Schwemningen. — Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter. — Unser belgischer Bruderverband. — Wann kommt der sozialistische Zukunftsstaat? — Drei sozialdemokratische Textilarbeiter. — Die internationalen Gewerkschaften im Jahre 1910. — Der Düßeldorfer Krankentassenfandal. — Aus unserer Industrie: Preiserhöhungen des Verbandes deutscher Futendurfteller. — Baumwollente der Vereinigten Staaten von Amerika 1911. — Der Geschäftsgang in der niederheinischen Baumwollindustrie. — Wie geht's in den Krefelder Fabriken? — Die Unternehmungslust im Textilgewerbe. — Aus dem Verbandsgebiete: Achtung, Vorstandsmitglieder! — Aus unseren Bezirken: Arbeiterinnenagitation in Sachsen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Borghorst. — Guchenheim-Wilfkirchen. — Hinsbeck. — Holt. — Langerfeld. — Meisen. — Oberforstbach. — Sagan (Schl.). — Stadthohn. — Wassenberg. — Werben. — Zittau. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Arbeitslosenversicherung in Freiburg i. Br. — Wie werden Feuerungen gemacht? — Ausbau der sächsischen Gewerbeaufsicht. — Verammlungskalender. — Literarisches.